
Konzern-Lagebericht

Entwicklung der Märkte	32
Ergebnis- und Finanzentwicklung	35
Überblick des Geschäftsjahres	36
Posten der Erfolgsrechnung im Detail	37
Ergebnis im Quartalsvergleich	42
Bilanz	44
Eigenkapital	46
Funding	47
Forschung und Entwicklung	48
Internes Kontroll- und Risikomanagement-System	48
Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte	50
Risikomanagement	52
Human Resources	53
Ausblick	54
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	55

Entwicklung der Märkte

Märkte im Bann der Geldpolitik

Die Politik der internationalen Notenbanken dominierte im vergangenen Jahr einmal mehr die Entwicklung auf den Geld- und Kapitalmärkten. So beschloss die Europäische Zentralbank (EZB) zu Beginn des Jahres 2015 – neben einem erstmals negativen Zins auf Einlagen von Banken bei der EZB – ein Anleihekaufprogramm im Ausmaß von € 60 Milliarden pro Monat, überwiegend für Staatsanleihen. Im Dezember legte die Notenbank nach und senkte den Einlagesatz auf minus 0,3 Prozent, erweiterte das Anleihekaufprogramm auf regionale und lokale Emittenten und verlängerte es um ein halbes Jahr bis März 2017. Die erweiterten geldpolitischen Maßnahmen ließen die Geldmarktsätze im Verlauf des Jahres 2015 weiter nachgeben. Zum Jahresende lagen die Zinssätze für den Euribor (Geldmarktanlagen) mit einer Laufzeit bis zu sechs Monaten im negativen Bereich. Selbst die zweijährige deutsche Staatsanleihe wies das ganze Jahr über eine negative Rendite aus, und die Rendite für zehnjährige deutsche Staatsanleihen lag im Jahresverlauf durchwegs deutlich unter 1 Prozent. In den USA erhöhte die amerikanische Notenbank nach sieben Jahren Null-Zins-Politik den Leitzins erstmals seit 2007 wieder: Das Leitzinsband wurde im Dezember um 25 Basispunkte auf 0,25 Prozent bis 0,50 Prozent angehoben. Das Wechselkursverhältnis zwischen Euro und US-Dollar stand 2015 im Zeichen der gegensätzlichen Geldpolitik der US-Notenbank und der EZB. Vor dem Hintergrund der von den Marktteilnehmern erwarteten Zinserhöhung in den USA verlor der Euro im Jahresverlauf deutlich an Wert, näherte sich zeitweise der Parität zum US-Dollar an und schloss Ende Dezember wieder etwas höher bei 1,09 EUR/USD.

In der Eurozone legte das reale BIP im Jahr 2015 um 1,5 Prozent zu. Das Wirtschaftswachstum wurde dabei vor allem durch den privaten Konsum getragen. Die Stimmung von Verbrauchern und Unternehmen verbesserte sich deutlich, einzelne Werte erreichten das höchste Niveau seit vielen Jahren. Die Inflationsrate verharrte aufgrund rückläufiger Energiepreise den Großteil des Jahres um die Null-Prozent-Marke. Auf Ebene der einzelnen Länder stellte sich die wirtschaftliche Entwicklung dabei sehr unterschiedlich dar. Ehemalige Krisenländer wie Irland oder Spanien ernteten mit starkem Wirtschaftswachstum die Früchte ihrer Reformen. In Frankreich, Italien und Österreich fiel die Wirtschaftserholung aufgrund struktureller Defizite vergleichsweise bescheiden aus. Zwar konnte die österreichische Volkswirtschaft 2015 die Stagnationsphase überwinden, die Wachstumsraten des realen BIP blieben mit durchschnittlich 0,3 Prozent pro Quartal aber trotzdem nur verhalten. Das reale BIP wurde im Jahr 2015 somit um 0,9 Prozent gesteigert, was aber zu wenig war, um eine ausreichende Belegung am Arbeitsmarkt zu generieren. Die Beschäftigung nahm im Jahr 2015 zu, jedoch fiel der Anstieg des Arbeitskräftepotenzials stärker aus, sodass sich in Österreich die Arbeitslosenquote entgegen dem allgemeinen Trend in der Eurozone erhöhte. Enttäuschend zeigte sich der private Konsum in Österreich, der – im Gegensatz zum dynamischeren staatlichen Konsum – stagnierte. Die Investitionstätigkeit belebte sich hingegen im Verlauf des Jahres 2015. Zu verdanken war dies in erster Linie den Ausrüstungsinvestitionen, während sich die Bauinvestitionen anhaltend schwach entwickelten. Zudem konnte auch das Exportwachstum (durch höhere Nachfrage bei Gütern und Dienstleistungen) gesteigert werden. Dabei standen gesteigerte Ausfuhren unter anderem in die USA und die Schweiz, nach Großbritannien sowie nach Polen und der Tschechischen Republik Exportrückgänge im Handel mit Russland gegenüber. Da sich jedoch aufgrund der binnenwirtschaftlichen Dynamik auch das Importvolumen erhöhte, steuerte der Außenhandel nur wenig zum BIP-Wachstum bei.

Die US-Wirtschaft wuchs 2015 um 2,4 Prozent und damit genauso stark wie im Jahr zuvor. Der niedrige Ölpreis beflügelte hier die privaten Konsumausgaben, die mit 3,1 Prozent so stark zulegten wie zuletzt im Jahr 2006. Die Wohnbauinvestitionen gingen ebenfalls kräftig nach oben. Umgekehrt dämpfte der Ölpreissrückgang die Investitionen im Energiesektor massiv, und die spürbare Dollaraufwertung bremste den Exportzuwachs. Die Erholung auf dem Arbeitsmarkt setzte sich dank der soliden Zunahme der Wirtschaftsleistung fort. Gegenüber 2014 wurden knapp 3 Millionen neue Stellen geschaffen, die Arbeitslosenquote sank um 0,6 Prozentpunkte auf 5,0 Prozent.

Das chinesische Wirtschaftswachstum schwächte sich 2015 wie erwartet auf knapp unter 7 Prozent ab. Überkapazitäten in der Schwerindustrie, aber auch im Immobilienmarkt müssen bereinigt werden. Gleichzeitig bleibt die Auslandsnachfrage schwach.

Divergierende Wirtschaftsentwicklung in CEE

Die meisten Zentralbanken in CEE senkten 2015 die Leit- und Geldmarktzinsen weiter ab. Diese geldpolitische Ausrichtung wurde durch niedrige heimische Inflationsraten sowie durch die Geldpolitik der führenden westlichen Zentralbanken unterstützt. Letztere erhöhte den Handlungsspielraum der CE- bzw. SEE-Notenbanken, die ihre Geldpolitik auch um unkonventionelle Maßnahmen der Geld- und Liquiditätspolitik (z. B. in Ungarn und Rumänien) erweiterten.

Die Region CE war 2015 durch eine sehr solide Wirtschaftsentwicklung mit einem BIP-Wachstum von 3,5 Prozent gekennzeichnet. Generell profitiert CE von der soliden Konjunktur in Deutschland, der Erholung in der Eurozone und der expansiven Geld- und Währungspolitik mancher CE-Länder. In einigen Ländern, wie etwa die Tschechische Republik oder Ungarn, sollte im Jahresverlauf der Höhepunkt der aktuellen zyklischen Erholung überschritten worden sein. Dabei verharren wichtige Indikatoren der binnenwirtschaftlichen Aktivität auf hohen, soliden Niveaus bzw. deuten auf ein zunehmend ausbalanciertes Wachstum mit solider Exportentwicklung und Dynamik in der Binnenwirtschaft hin.

SEE erholte sich 2015 mit einem Wirtschaftswachstum von 2,8 Prozent im Jahresvergleich. So überwand Serbien den Einbruch aus dem Jahr 2014, aber auch Kroatien beendete die fünfjährige Rezessionsphase mit einem BIP-Wachstum von 1,6 Prozent im Jahr 2015. Bulgarien holte mit einem BIP-Wachstum von 2,7 Prozent gegenüber Rumänien etwas auf. Dort stieg das Wirtschaftswachstum aufgrund von strukturellen Reformen mittlerweile auf 3,7 Prozent. Insgesamt ist das Wirtschaftswachstum in SEE jedoch noch immer moderat. Hauptgründe dafür sind ausständige strukturelle Anpassungen und das nur langsam abnehmende hohe Verschuldungsniveau des Privatsektors.

Alle drei Länder der Region Osteuropa (EE) verharren 2015 in der Rezession. In Russland und Belarus ging das BIP um 3,7 Prozent bzw. 4 Prozent zurück, in der Ukraine brach es um 10 Prozent ein. Die heftigen Anpassungsrezessionen nach den massiven Währungsabwertungen und notwendigen Strukturanpassungen im Jahr 2015 waren vor allem durch deutliche Rückgänge beim privaten Konsum und den Investitionen geprägt. Zwar reduzierten sich auch die Importe massiv, dank einer besseren Entwicklung der Exporte stabilisierten sich die außenwirtschaftlichen Positionen der EE-Länder dennoch.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2014	2015e	2016f	2017f
Polen	3,3	3,5	3,6	3,4
Slowakei	2,5	3,6	3,5	3,5
Slowenien	3,0	2,7	2,2	2,1
Tschechische Republik	2,0	4,3	2,4	2,4
Ungarn	3,7	2,8	2,2	2,9
Zentraleuropa	3,0	3,5	3,1	3,1
Albanien	2,0	2,7	3,5	4,0
Bosnien und Herzegowina	1,1	2,0	3,0	3,5
Bulgarien	1,5	2,7	2,1	3,0
Kroatien	-0,4	1,6	1,5	1,5
Kosovo	0,9	3,0	3,0	3,5
Rumänien	2,8	3,7	4,0	3,6
Serbien	-1,8	0,5	2,5	3,0
Südosteuropa	1,5	2,8	3,1	3,2
Russland	0,7	-3,7	-2,0	1,5
Belarus	1,6	-4,0	-2,0	1,5
Ukraine	-6,8	-10,0	1,5	3,0
Osteuropa	0,3	-4,1	-1,8	1,6
Österreich	0,4	0,9	1,4	1,4
Deutschland	1,6	1,4	1,8	1,8
Eurozone	0,9	1,5	1,4	1,7

Währungen

Die CE- bzw. SEE-Währungen blieben gegenüber dem Euro im Jahresverlauf 2015 weitgehend stabil. Die tschechische Krone konnte zum Euro etwas aufwerten und näherte sich der im FX-Regime definierten Höchstgrenze zum Euro. Die Schwäche auf dem Ölmarkt bedeutete für den russischen Rubel im Jahresverlauf 2015 – trotz temporärer Erholung – insgesamt mehr Abwertungsdruck gegenüber dem US-Dollar. Hier kam es vor allem gegen Jahresende 2015 aufgrund des fallenden Ölpreises erneut zu deutlicheren Abwertungen des russischen Rubel gegenüber dem US-Dollar. Damit verringerte sich auch das Potenzial für die russische Notenbank, um weitere Leitzinssenkungen durchzuführen. Im Vergleich zum Euro gab es im Jahresvergleich einen deutlich geringeren Wertverlust. Die Abwertung des Rubels zum US-Dollar stand insgesamt aber im Einklang mit anderen Währungen von rohstoffexportierenden Nationen bzw. aufstrebenden Volkswirtschaften. So notierten auch andere Währungen der EE-Region, etwa die ukrainische Hryvna und der belarussische Rubel, 2015 gegenüber dem Euro und dem US-Dollar schwächer. In der Ukraine wurde die Schwäche der Hryvna durch restriktive Maßnahmen der Devisenbewirtschaftung abgefedert. Mit Ausnahme der EE-Region konnten größere Währungsmarktturbulenzen in CEE 2015 allerdings vermieden werden.

Entwicklung des Bankensektors

Der CEE-Bankensektor war 2015 von einer verhaltenen Entwicklung geprägt. Positive Trends bei der Neukreditvergabe oder dem Aktivawachstum waren wie in den Vorjahren moderat und auf wenige Länder begrenzt (z. B. Tschechische Republik, Slowakei, Polen, Rumänien und Russland). Einige zuvor herausfordernde Bankenmärkte konnten 2015 auf Sektorebene immerhin einen Gewinn ausweisen (z. B. Rumänien und Ungarn). Gleichzeitig dämpften jedoch Restrukturierungskosten in Kroatien, weiterhin hohe Bestände an Non-performing Loans (NPL) in SEE, Restrukturierungs- und Rekapitalisierungserfordernisse in der Ukraine sowie ein weiterer NPL-Anstieg bzw. ein Rückgang der Profitabilität in Russland die allgemeine Entwicklung. Die Eigenkapitalrentabilität sank im CEE-Bankensektor, vor allem getrieben durch Russland, 2015 unter den Vergleichswert der Eurozone. Auch in Österreich entwickelte sich der Bankensektor 2015 gemessen an den Trends in der Eurozone unterdurchschnittlich, sowohl das Kreditwachstum als auch die Profitabilität lagen unter den Vergleichswerten. Hervorgerufen wurde dieser Trend durch mehrere komplexe Herausforderungen, darunter der Restrukturierungsbedarf im wenig profitablen Inlandsgeschäft, die schwache realwirtschaftliche Entwicklung, die niedrige Kapitalisierung der Großbanken im europäischen Kontext sowie hohe steuerliche und regulatorische Belastungen.

Ergebnis- und Finanzentwicklung

Der Konzernabschluss der RBI wird auf Basis der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, erstellt. Die RBI AG stellt außerdem einen Einzelabschluss nach österreichischem Unternehmensrecht (UGB) in Verbindung mit dem österreichischen Bankwesengesetz (BWG) auf, der die formale Bemessungsgrundlage für die Dividendenausschüttung und die Steuerbemessung darstellt. Betreffend die nach UGB und BWG geforderten Angaben wird auf den Anhang, Punkt (46) verwiesen.

Wesentliche Ereignisse

Strategische Neuausrichtung

Im Februar 2015 kündigte die RBI aufgrund der deutlich geänderten Rahmenbedingungen eine Anpassung ihrer Strategie an. Komplexität und Risiko sollen reduziert und das Eigenkapital gestärkt werden. Die Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) soll bis Ende 2017 mindestens 12 Prozent und die Eigenmittelquote mindestens 16 Prozent betragen. Um diese Ziele zu erreichen, werden die Tochterbanken in Polen und Slowenien sowie die Direktbank Zuno veräußert. Außerdem wird die Präsenz in Asien und den USA reduziert bzw. aufgegeben. Diese Einheiten wurden bereits im Segment Non-Core zusammengefasst. Darüber hinaus werden insbesondere in Russland und in der Ukraine die risikogewichteten Aktiva zurückgefahren. In der Raiffeisen Bank in Ungarn wurde das Geschäftsmodell angepasst, künftig wird ein besonderer Schwerpunkt auf das Firmenkundengeschäft gelegt. Trotz des Abbaus von Risikoaktiva plant die RBI, in ausgewählten Märkten zu wachsen.

An der Umsetzung aller Maßnahmen wurde im Geschäftsjahr 2015 intensiv gearbeitet. So ist die Reduktion der risikogewichteten Aktiva in Russland und der Ukraine einen großen Schritt vorangekommen. Der Umbau in Ungarn ist weitestgehend abgeschlossen. Der Verkauf der Netzwerkbank in Slowenien wurde vertraglich vereinbart. Derzeit läuft der regulatorische Genehmigungsprozess, das Closing der Transaktion wird für das erste Halbjahr 2016 erwartet. In Asien ist der Abbau des Geschäftsvolumens bereits fortgeschritten (Reduktion der risikogewichteten Aktiva um 49 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). In den USA wurde der Rückzug aus dem Geschäft eingeleitet. In Polen wurden die Vorbereitungen für den Börsegang der Bank gestartet. Der geplante Verkauf wird aufgrund der veränderten politischen Rahmenbedingungen 2016 voraussichtlich nicht mehr stattfinden. Am Ziel des Verkaufs wird festgehalten.

Niedriges Zinsniveau

Nicht nur in der Eurozone, sondern auch in vielen Märkten in Zentral- und Südosteuropa schwächte sich das ohnehin niedrige Zinsniveau im Berichtszeitraum weiter ab. Wie bei anderen Banken verringerte sich bei der RBI die Nettoszinsspanne im Kreditgeschäft, und die Margen im Passivgeschäft blieben unter Druck. Darüber hinaus wirkten sich die niedrigen Diskontraten in vielen Ländern ungünstig auf die Veranlagungsmöglichkeiten des Liquiditätsüberschusses aus. In CEE blieben die Zinsspannen verglichen mit westeuropäischen Ländern zwar größtenteils immer noch auf einem hohen Niveau, allerdings führten die teils deutlich gestiegenen Volatilitäten einiger Währungen zu einer Belastung der Nettoszinsträge.

Anpassung des Vorjahresergebnisses (Restatement)

Im Jahr 2015 wurde die RBI von der Österreichischen Prüfstelle für Rechnungslegung einer regulären Prüfung unterzogen. Gegenstand der Prüfung waren der RBI-Konzernabschluss 2014 sowie der RBI-Halbjahres-Finanzbericht 2015. Die Verschiebung von Aufwendungen in Höhe von € 124 Millionen führte zu einer Anpassung des Konzernfehlbetrags 2014 auf € 617 Millionen. Dadurch sind diese Aufwendungen nicht im Konzernergebnis 2015 enthalten. Der Gesamtbetrag in Höhe von € 124 Millionen setzt sich aus zwei Faktoren zusammen: € 93 Millionen Aufwand für die Wertminderung des Firmenwerts der Raiffeisen Polbank und € 34 Millionen Aufwand für Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen, der weiters in einem latenten Steuerertrag in Höhe von € 3 Millionen resultierte. Die Auswirkungen dieser Anpassung auf die regulatorischen Kapitalquoten sind vernachlässigbar.

Regulatorische Änderungen

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr war die RBI wieder mit regulatorischen Neuerungen konfrontiert. Seit November 2014 ist die Europäische Zentralbank (EZB) für die Beaufsichtigung der Banken im Rahmen des so genannten Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) im Euroraum verantwortlich. Die RBI untersteht somit seit dem vierten Quartal 2014 der direkten Aufsicht durch die EZB. Weiters stand 2015 die Umsetzung des Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM) in der Eurozone an, der eine geordnete Abwicklung von in Schieflage geratenen Banken ermöglichen soll. Neben Abwicklungsplänen, die von den Banken bereitzustellen sind, muss auch ein Banken-Abwicklungsfonds (SRF) dotiert werden, woraus sich für die RBI 2015 zusätzliche Aufwendungen in Höhe von € 41 Millionen ergaben. Der Dotierungsumfang ist vom Geschäftsvolumen und einer bankspezifischen Risikobeurteilung abhängig. Der Zielbetrag des SRF (mindestens 1 Prozent der gedeckten Kundeneinlagen der zugelassenen Kreditinstitute der teilnehmenden Mitgliedstaaten) soll bis 2024 erreicht sein.

Im Bereich der Einlagensicherung besteht ebenfalls das Ziel, in Europa ein harmonisiertes Sicherungssystem zu etablieren. Der Zielbetrag des Einlagensicherungsfonds ist mit 0,8 Prozent der gedeckten Einlagen definiert. Auch hier soll der Aufbau des Fonds bis 2024 erfolgen.

Währungsturbulenzen

Auch 2015 war von starken Wechselkursschwankungen geprägt. Zum einen wertete der US-Dollar aufgrund der Zinserwartungen gegenüber dem Euro im Jahresvergleich um knapp 12 Prozent auf, der Schweizer Franken gewann aufgrund der Aufgabe des von der Schweizer Nationalbank festgelegten Mindestkurses gegenüber dem Euro um 11 Prozent an Wert. Zum anderen werteten einige CEE-Währungen gegenüber dem Euro ab. So gab der russische Rubel im Sog der fallenden Ölpreise im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozent nach, die ukrainische Hryvna wertete um 27 Prozent ab, und der belarussische Rubel verlor um 29 Prozent an Wert. Die Währungsturbulenzen wirkten sich nicht nur auf Bilanz und die Risikoaktiva aus, sondern waren in einigen CEE-Ländern auch Auslöser für Überlegungen und Maßnahmen zur Konvertierung von Fremdwährungskrediten zu für die Banken nachteiligen Wechselkursen.

Überblick des Geschäftsjahres

Nachdem die RBI 2014 aufgrund einiger Sondereffekte (Abschreibungen von Firmenwerten in Polen und Russland, latenter Steuern sowie Umsetzung des ungarischen Settlement Act) erstmals ein Geschäftsjahr mit einem negativen Konzernergebnis (minus € 617 Millionen nach Anpassung) abgeschlossen hatte, wurde 2015 wieder die Gewinnzone erreicht: Das Konzernergebnis lag bei € 379 Millionen. Neben dem Entfall der erwähnten Sondereffekte begründet sich der Zuwachs auch in einer Verbesserung der Kreditrisikosituation in nahezu allen Märkten der RBI: Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen sanken im Jahresvergleich um 28 Prozent oder € 486 Millionen auf € 1.264 Millionen. Die größten Rückgänge wurden dabei in der Ukraine, in Ungarn und in der Konzernzentrale verzeichnet. Weiterhin hohe Vorsorgen mussten für die Einheiten in Asien getroffen werden, deren Geschäftsvolumen jedoch planmäßig stark zurückgefahren wurde.

Das Ergebnis des Konzerns war auch 2015 von einer hohen Währungsvolatilität beeinflusst. So lag der Durchschnittskurs des russischen Rubels gegenüber dem Euro um 26 Prozent, jener der ukrainischen Hryvna um 35 Prozent unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Dagegen werteten der US-Dollar und der Schweizer Franken gegenüber dem Euro um 19 bzw. 13 Prozent auf.

Die mit der im Februar 2015 beschlossenen strategischen Neuausrichtung verbundenen Transformationsaufwendungen beliefen sich auf € 88 Millionen.

Die Betriebserträge verzeichneten im Jahresvergleich einen Rückgang um 8 Prozent oder € 421 Millionen auf € 4.929 Millionen. Dies ist in erster Linie auf die oben beschriebenen starken Währungsabwertungen zurückzuführen. Der Zinsüberschuss fiel vor diesem Hintergrund um 12 Prozent oder € 462 Millionen auf € 3.327 Millionen. Neben Währungseffekten wirkten sich dabei auch das sinkende Marktzinssniveau in Zentral- und Südosteuropa sowie im Vorjahr eingetretene Kreditausfälle in Asien negativ auf die Nettozinsspanne aus, die (gerechnet auf die zinstragenden Aktiva) um 23 Basispunkte auf 3,00 Prozent zurückging. Der Provisionsüberschuss sank trotz der Währungseffekte in Osteuropa nur um 4 Prozent oder € 67 Millionen auf € 1.519 Millionen. Das Handelsergebnis verbesserte sich um € 46 Millionen auf € 16 Millionen, hervorgerufen durch Bewertungsgewinne aus derivativen Finanzinstrumenten in Russland.

Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Jahresvergleich um 4 Prozent oder € 110 Millionen auf € 2.914 Millionen. Dieser Rückgang war großteils auf die Währungsabwertungen in Osteuropa zurückzuführen. Nach der Entscheidung, für 2014 keine Boni auszuzahlen, war auch die Auflösung von Bonusrückstellungen in Höhe von € 76 Millionen für den Rückgang mitverantwortlich. Aufwandserhöhend wirkten hingegen Transformationsaufwendungen in Höhe von € 34 Millionen sowie höhere Aufwendungen für die Umsetzung regulatorischer Anforderungen (Bankenabwicklungsfonds und Einlagensicherung). Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter nahm weiter ab und verringerte sich im Jahresabstand um 2.304 auf 54.092. Die Zahl der Geschäftsstellen sank im Jahresabstand um 161 auf 2.705.

Die Bilanzsumme nahm im Jahresverlauf um 6 Prozent oder € 7.073 Millionen auf € 114.427 Millionen ab. Hauptgrund dafür war die Reduktion des Kreditvolumens an Kunden um 10 Prozent, die ihrerseits großteils auf einen Rückgang der Kredite an Großkunden zurückgeht, der neben der restriktiven Kreditvergabepolitik der RBI in einigen Märkten auch durch die strategische Neuausrichtung bedingt war. Die größten Rückgänge der Bilanzsumme waren in der Konzernzentrale, in Asien und Russland (währungsbedingt) zu verzeichnen.

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals der nicht beherrschenden Anteile verzeichnete einen Anstieg um € 323 Millionen auf € 8.501 Millionen. Kapitalerhöhend wirkte dabei das Ergebnis nach Steuern in Höhe von € 435 Millionen, während sich das sonstige Ergebnis mit minus € 53 Millionen auswirkte. Den größten Posten im sonstigen Ergebnis stellten die Währungsdifferenzen dar, die sich in der Berichtsperiode auf minus € 194 Millionen beliefen (2014: minus € 1.335 Millionen). Positiv wirkten sich hingegen mit € 90 Millionen der Capital Hedge und mit € 82 Millionen die Bewertungsänderungen der zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerte aus.

Auf Seite des regulatorischen Kapitals veränderten sich die wesentlichen Stellgrößen wie folgt: Das harte Kernkapital nach Abzugsposten betrug zum Jahresende € 7.671 Millionen. Der hier gegenüber dem Vergleichswert 2014 verzeichnete Anstieg betrug € 226 Millionen. Die gesamten Eigenmittel nach CRR betrugen € 10.987 Millionen. Dies entspricht einem Anstieg um € 17 Millionen im Vergleich zum Jahresendwert 2014. Die Risikoaktiva (gesamt) wurden um € 5.449 Millionen auf € 63.272 Millionen verringert. Neben dem Abbau von Kreditvolumen im Segment Non-Core aufgrund der strategischen Neuausrichtung ergaben sich auch stärkere Rückgänge in der Konzernzentrale, Russland, der Ukraine und der Tschechischen Republik. Bezogen auf das Gesamtrisiko ergaben sich eine Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) von 12,1 Prozent und eine Eigenmittelquote (transitional) von 17,4 Prozent. Ohne Berücksichtigung der in der CRR definierten Übergangsbestimmungen lag die Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) bei 11,5 Prozent und die Eigenmittelquote (fully loaded) bei 16,8 Prozent.

Für das Geschäftsjahr 2015 wird keine Dividende ausgeschüttet werden.

Posten der Erfolgsrechnung im Detail

in € Millionen	2015	2014 angepasst	Veränderung absolut	Veränderung in %	2014 veröffentlicht
Zinsüberschuss	3.327	3.789	- 462	- 12,2%	3.789
Provisionsüberschuss	1.519	1.586	- 67	- 4,2%	1.586
Handelsergebnis	16	- 30	46	-	- 30
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis ¹	66	5	62	>500,0%	10
Betriebserträge	4.929	5.350	- 421	- 7,9%	5.355
Personalaufwand	- 1.389	- 1.450	60	- 4,2%	- 1.450
Sachaufwand	- 1.173	- 1.193	20	- 1,7%	- 1.193
Abschreibungen	- 351	- 381	30	- 7,8%	- 381
Verwaltungsaufwendungen	- 2.914	- 3.024	110	- 3,6%	- 3.024
Betriebsergebnis	2.015	2.326	- 312	- 13,4%	2.332
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 1.264	- 1.750	486	- 27,8%	- 1.716
Übrige Ergebnisse ¹	- 40	- 681	641	- 94,1%	- 593
Ergebnis vor Steuern	711	- 105	816	-	23
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 276	- 483	207	- 42,8%	- 486
Ergebnis nach Steuern	435	- 587	1.022	-	- 463
Ergebnis der nicht beherrschenden Anteile	- 56	- 30	- 26	89,3%	- 30
Konzernergebnis	379	- 617	996	-	- 493

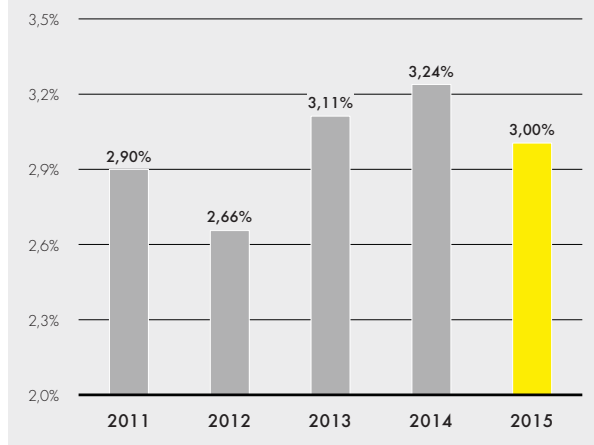
2014 Zahlen angepasst (Erläuterungen im Konzernabschluss).
¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen infolge Änderung der Zuordnung.

Betriebserträge

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss reduzierte sich 2015 um 12 Prozent oder € 462 Millionen auf € 3.327 Millionen. Diese Entwicklung war überwiegend auf die Währungsabwertungen in Osteuropa zurückzuführen, durch die der Zinsüberschuss in Russland um € 188 Millionen und in der Ukraine um € 96 Millionen zurückging. In der Konzernzentrale sank der Zinsüberschuss um € 78 Millionen, vorwiegend bedingt durch niedrigere Zinssätze und Volumina.

Entwicklung der Nettozinsspanne (durchschnittliche zinstragende Aktiva)



23 Prozent oder € 188 Millionen auf € 647 Millionen und in der Ukraine um 35 Prozent oder € 96 Millionen auf € 176 Millionen. In Belarus hingegen stieg der Zinsüberschuss um 11 Prozent oder € 13 Millionen auf € 125 Millionen, hervorgerufen durch höhere Zinserträge aus Wertpapieren und Leasingforderungen. Im Segment Non-Core sank der Zinsüberschuss um 22 Prozent oder € 111 Millionen auf € 385 Millionen. In Polen kam es aufgrund des anhaltend niedrigen Marktzinnsniveaus sowie von Repricing-Maßnahmen im Einlagengeschäft zu einer Reduktion des Zinsüberschusses um 18 Prozent oder € 54 Millionen auf € 253 Millionen. In Asien ergab sich volumenbedingt sowie durch Kreditausfälle ein um 38 Prozent oder € 51 Millionen auf € 84 Millionen geringerer Beitrag.

Die Nettozinsspanne des Konzerns reduzierte sich im Jahresabstand um 23 Basispunkte auf 3,00 Prozent. Hauptgrund dafür war das weiter gesunkene Marktzinnsniveau in zahlreichen Ländern der Segmente Zentral- und Südosteuropa sowie in Polen. Im Segment Osteuropa verringerte sich die Zinsspanne vor allem durch Währungseffekte. Für einen positiven Beitrag zur Entwicklung der Nettozinsspanne sorgten hingegen höhere laufende Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen (plus € 59 Millionen).

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss reduzierte sich im Jahresvergleich trotz der starken Währungsabwertungen in Osteuropa um 4 Prozent oder € 67 Millionen auf € 1.519 Millionen. Das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr gab dabei – primär aufgrund von Währungseffekten in der Ukraine und in Russland sowie aufgrund geringerer Erträge aus dem Kreditkarten- und Girogeschäft in Polen – um 9 Prozent oder € 67 Millionen auf € 644 Millionen nach. Das Ergebnis aus dem Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft sank – insbesondere währungs- und volumenbedingt in der Ukraine und in Russland – um 3 Prozent oder € 12 Millionen auf € 381 Millionen. Ebenso verringerte sich das Ergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft um € 11 Millionen auf € 198 Millionen, am stärksten beeinflusst durch die Entwicklung in Russland sowie in der Konzernzentrale. Dagegen erhöhte sich das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft um 7 Prozent oder € 9 Millionen auf € 136 Millionen, wozu Rumänien den stärksten Beitrag leistete. Das Ergebnis aus sonstigen Bankdienstleistungen stieg um 14 Prozent oder € 8 Millionen auf € 64 Millionen. Überwiegend wurde dieser Zuwachs in Polen und in der Konzernzentrale erzielt. Das Ergebnis aus der Verwaltung von Investment- und Pensionsfonds verzeichnete einen Zuwachs um 12 Prozent oder € 5 Millionen auf € 43 Millionen, vorrangig bedingt durch die Entwicklung in Kroatien.

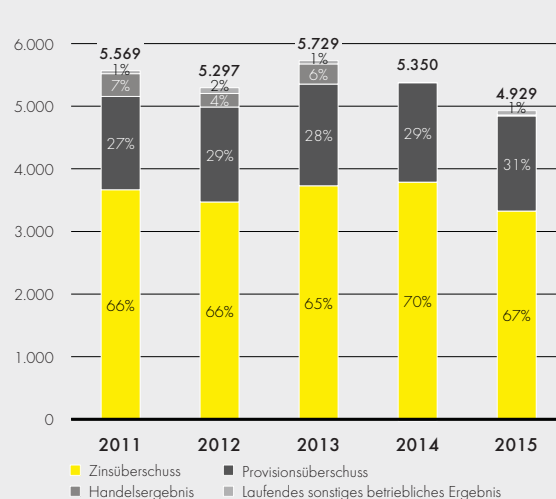
Handelsergebnis

Das Handelsergebnis stieg im Jahresvergleich um € 46 Millionen auf € 16 Millionen. Das zinsbezogene Geschäft wuchs dabei – primär aufgrund von Bewertungsgewinnen aus derivativen Finanzinstrumenten und Wertpapierpositionen in Russland und der Tschechischen Republik – um € 27 Millionen auf € 68 Millionen, während die Konzernzentrale und Polen Bewertungsverluste aus zinsbasierten Derivaten sowie geringere Erträge aus Wertpapierpositionen verzeichneten. Im währungsbezogenen Geschäft ergab sich ein Rückgang um € 9 Millionen auf minus € 60 Millionen. Hauptgründe dafür waren ein Verlust aus einem Absicherungsgeschäft für Dividendenerträge in russischen

Im Segment Zentraleuropa sank der Zinsüberschuss um 6 Prozent oder € 40 Millionen auf € 654 Millionen. Dabei sorgten in Ungarn geringere Zinserträge aus derivativen Finanzinstrumenten sowie das niedrige Marktzinnsniveau für einen Rückgang des Zinsüberschusses um € 33 Millionen. In der Slowakei führten ebenfalls niedrigere Zinssätze zu einem um € 17 Millionen reduzierten Zinsüberschuss. Dagegen verzeichnete die Tschechische Republik aufgrund höherer Zinserträge aus derivativen Finanzinstrumenten, niedrigerer Zinssätze im Einlagengeschäft sowie höherer Kreditvolumina einen Anstieg des Zinsüberschusses um € 10 Millionen. Im Segment Südosteuropa sank der Zinsüberschuss um 7 Prozent oder € 55 Millionen auf € 780 Millionen. Dabei verzeichneten alle Länder – mit Ausnahme des Kosovo – einen Rückgang des Zinsergebnisses, auch hier hauptsächlich bedingt durch das anhaltend niedrige Zinnsniveau. Das Segment Osteuropa – hauptverantwortlich für die negative Entwicklung – verzeichnete einen Rückgang des Zinsüberschusses um 22 Prozent oder € 272 Millionen auf € 949 Millionen. Aufgrund der Währungsabwertungen reduzierte sich der Zinsüberschuss in Russland um

Entwicklung der Betriebserträge

in € Millionen



Rubeln (minus € 70 Millionen), Kosten für die Kapitalabsicherung (Net Investment Hedge) in Höhe von € 34 Millionen sowie Bewertungsverluste in der Konzernzentrale. Belarus verzeichnete hingegen einen deutlichen Zuwachs, hervorgerufen durch positive Effekte aus einer strategischen Währungsposition und den Wegfall der Rechnungslegung für Hochinflationländer, aus der im Vorjahr noch ein Minus von € 29 Millionen resultiert hatte. Darüber hinaus erhöhte sich das Ergebnis aus dem Eigenhandel. Ebenso nahmen die wechselkursbedingten Bewertungsverluste aus Fremdwährungspositionen in der Ukraine ab (minus € 37 Millionen). Das sonstige Geschäft verzeichnete eine Ergebnisverbesserung um € 30 Millionen, nachdem im Vorjahr das gesunkene Zinsniveau für ein negatives Bewertungsergebnis eines Garantieprodukts gesorgt hatte.

Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis erhöhte sich im Berichtsjahr um € 62 Millionen auf € 66 Millionen. Insbesondere stiegen die Dotierungen und Auflösungen sonstiger Rückstellungen um € 20 Millionen, hervorgerufen durch die positive Entwicklung primär in Ungarn (niedrigere Dotierungen für Rechtsfälle und geringere Vorsorgen für die Refundierung der Transaktionssteuer). Das Ergebnis aus der Vermietung von Immobilien verbesserte sich aufgrund höherer Beiträge aus Ungarn und der Tschechischen Republik um € 12 Millionen. Das Ergebnis aus dem Abgang von Anlagevermögen erhöhte sich - vorwiegend hervorgerufen durch die Entwicklung in Ungarn - um € 6 Millionen.

Verwaltungsaufwendungen

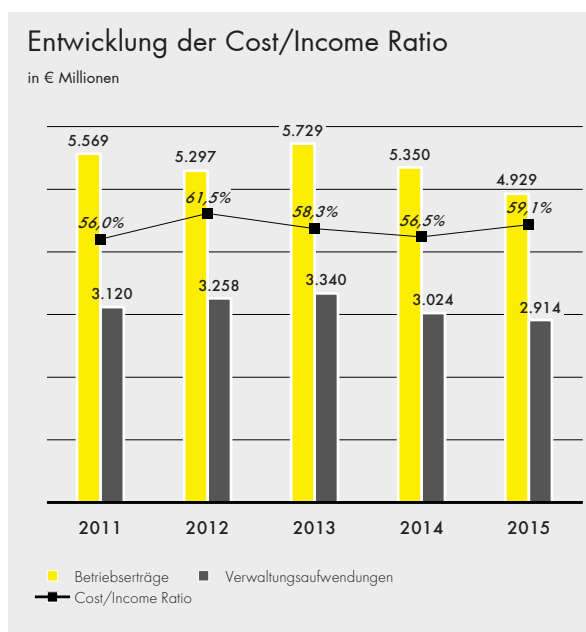
Die Verwaltungsaufwendungen des Konzerns sanken im Berichtszeitraum um 4 Prozent oder € 110 Millionen auf € 2.914 Millionen, zum überwiegenden Teil zurückzuführen auf die Währungsentwicklung des russischen Rubels und der ukrainischen Hryvna. Nach der Entscheidung, für 2014 keinen Bonus auszuzahlen, war die Auflösung von Bonusrückstellungen in Höhe von € 76 Millionen für diesen Rückgang mitverantwortlich. Zusätzlich kam es in der Ukraine und in Rumänien aufgrund von Wertminderungen im Vorjahr zu niedrigeren Verwaltungsaufwendungen. Dem standen Aufwendungen für den Bankenabwicklungsfonds in Höhe von € 41 Millionen und Transformationsaufwendungen in Höhe von € 34 Millionen gegenüber. Die Cost/Income Ratio verschlechterte sich aufgrund der geringeren Betriebserträge um 2,6 Prozentpunkte auf 59,1 Prozent.

Personalaufwand

Die größte Position unter den Verwaltungsaufwendungen war mit einem Anteil von 48 Prozent der Personalaufwand, der im Berichtsjahr um 4 Prozent oder € 60 Millionen auf € 1.389 Millionen sank. In der Ukraine und in Russland waren überwiegend Währungseffekte ausschlaggebend für einen starken Rückgang des Personalaufwands, zudem wirkten auch die Auflösung von Bonusrückstellungen sowie Mitarbeiterabgänge infolge laufender Kostensenkungsprogramme aufwandsmindernd. Dem standen gestiegene Personalaufwendungen aufgrund von höheren Bonusrückstellungen sowie Abfertigungszahlungen im Zusammenhang mit der Strategieanpassung gegenüber. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter (ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten) sank im Jahresabstand um 2.304 Personen auf 54.092. Die größten Rückgänge verzeichneten hier die Ukraine (minus 1.186), Russland (minus 412) und Ungarn (minus 284).

Sachaufwand

Der Sachaufwand sank um 2 Prozent oder € 20 Millionen auf € 1.173 Millionen. Die hier in Russland (minus € 68 Millionen) und der Ukraine (minus € 13 Millionen) verzeichneten Rückgänge sind dabei vorwiegend auf Währungseffekte zurückzuführen. Aufwandserhöhend wirkten umgekehrt die Belastungen im Zusammenhang mit dem Bankenabwicklungsfonds von € 41 Millionen, die in der Konzernzentrale (€ 24 Millionen) und anderen EU-Ländern (€ 17 Millionen) anfielen. Einen Anstieg der Sachaufwendungen um € 15 Millionen verzeichnete Polen aufgrund von höheren Beiträgen zur Einlagensicherung in Höhe von € 27 Millionen und Beiträgen für einen Fonds zum Schutz von Hypothekarkreditnehmern in Höhe von € 8 Millionen, denen allerdings eine Reduktion der Rechts- und Beratungs- sowie der IT-Aufwendungen um jeweils € 6 Millionen gegenüberstand. In Ungarn kam es im Zusammenhang mit Filialschließungen aufgrund der strategischen Neuausrichtung zu einem um € 4 Millionen höheren Raumaufwand. Die Anzahl der Geschäftsstellen sank im Vergleich zum Jahresende 2014 um 161 auf 2.705. Die größten Rückgänge wurden hier in der Ukraine (minus 93), Ungarn (minus 42), Russland (minus 26) und Rumänien (minus 17) verzeichnet.



Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sanken im Vergleich zum Vorjahr um 8 Prozent oder € 30 Millionen auf € 351 Millionen. Den größten Rückgang verzeichnete hier die Ukraine (minus € 34 Millionen), nachdem im Vorjahr Wertminderungen auf Marke und Kundenstock verbucht worden waren. Auch in Rumänien kam es zu einem Aufwandsrückgang (minus € 11 Millionen) nach einer Wertminderung eines Grundstücks im Vorjahr. In Polen musste wegen einer durch verschlechterte Rahmenbedingungen verursachten Anpassung der Geschäftsplanung eine Wertminderung in Höhe von € 21 Millionen auf die Marke Polbank gebucht werden.

Im Berichtszeitraum investierte der Konzern € 347 Millionen in Anlagevermögen. Davon flossen 33 Prozent (€ 114 Millionen) in eigene Sachanlagen. Auf Investitionen in immaterielle Vermögenswerte, die zum überwiegenden Teil Software-Projekte betrafen, entfielen 45 Prozent. Der Rest wurde in Vermögenswerte des operativen Leasinggeschäfts investiert.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen gingen im Jahresvergleich um 28 Prozent oder € 486 Millionen auf € 1.264 Millionen zurück. Dabei fielen die Nettodotierungen für Einzelwertberichtigungen mit € 1.324 Millionen um € 542 Millionen geringer aus, während die Nettoauflösungen für Portfolio-Wertberichtigungen um 3 Prozent auf € 50 Millionen anstiegen. Die Erlöse aus dem Verkauf von wertberechtigten Krediten verringerten sich um € 57 Millionen auf € 11 Millionen, nachdem im Vorjahr – vor allem durch den Verkauf notleidender Kredite in Polen – € 68 Millionen angefallen waren.

Der wesentliche Anteil der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen entfiel im Berichtsjahr auf Firmenkunden, für die Vorsorgen in Höhe von € 887 Millionen gebildet werden mussten. Für Retail-Kunden waren es € 407 Millionen. Bei den Vorsorgen für Kredite an den öffentlichen Sektor kam es zu Auflösungen von € 22 Millionen.

Der größte Rückgang bei den Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen wurde in der Ukraine verzeichnet. Hier fielen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen im Jahresvergleich mit € 212 Millionen um € 321 Millionen geringer aus. Einerseits war dies durch die Währungsentwicklung bedingt, andererseits hatten die Anpassung der Sicherheiten für bestehende notleidende Kredite und die politische sowie wirtschaftliche Situation in der Donbass-Region im Vorjahr höhere Allokationen für Retail- und Firmenkunden erfordert. In Ungarn ergab sich ein um € 73 Millionen auf € 56 Millionen reduzierter Wertberichtigungsbedarf für Kredite an Retail- und Firmenkunden. In der Konzernzentrale wurde ebenso ein Rückgang der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen für Großkunden um € 58 Millionen auf € 144 Millionen verzeichnet. Die Kreditrisikosituation verbesserte sich auch in den Ländern Südosteuropas deutlich, hier lagen die neu gebildeten Vorsorgen mit € 191 Millionen um € 63 Millionen unter dem Vorjahreswert. Die größten Rückgänge wurden dabei in Bulgarien (Rückgang um € 20 Millionen), Kroatien (Rückgang um € 14 Millionen), Rumänien (Rückgang um € 11 Millionen) und Serbien (Rückgang um € 11 Millionen) verzeichnet. Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen in Asien blieben mit € 297 Millionen (Rückgang um € 10 Millionen) weiterhin auf hohem Niveau. In Russland stiegen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen um € 11 Millionen auf € 181 Millionen (in lokaler Währung betrug der Anstieg gegenüber dem Vorjahr 43 Prozent). Verantwortlich dafür waren die anhaltend ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Russland sowie Kreditverkäufe. In Polen kam es im Jahresvergleich zu einem Anstieg um € 19 Millionen, da im Vorjahr notleidende Kredite mit einem Ertrag von € 62 Millionen verkauft worden waren. Ohne diese Erträge wäre es zu einem Rückgang um € 35 Millionen gekommen.

Der Bestand an notleidenden Kundenkrediten sank im Jahresverlauf um € 548 Millionen auf € 8.328 Millionen. Durch Währungseffekte ergab sich jedoch ein Anstieg um € 212 Millionen. Um Währungseffekte bereinigt reduzierte sich der Bestand an notleidenden Krediten um € 760 Millionen. Die größten Rückgänge verzeichneten vor allem Ungarn (Rückgang um € 539 Millionen, großteils durch den Settlement Act), Polen (Rückgang um € 139 Millionen), Bulgarien (Rückgang um € 90 Millionen), Rumänien (Rückgang um € 77 Millionen), Slowenien (Rückgang um € 77 Millionen) und die Tschechische Republik (Rückgang um € 58 Millionen). Dem stand ein Anstieg um € 161 Millionen in Asien gegenüber. Die NPL Ratio erhöhte sich im Berichtsjahr um 0,5 Prozentpunkte auf 11,9 Prozent. Den notleidenden Krediten standen Wertberichtigungen in Höhe von € 5.935 Millionen gegenüber. Daraus resultierte eine verbesserte NPL Coverage Ratio von 71,3 Prozent nach 67,5 Prozent im Vorjahr.

Die Neubildungsquote – das Verhältnis der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen zu den durchschnittlichen Forderungen an Kunden – sank um 0,53 Prozentpunkte auf 1,64 Prozent.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten belief sich auf minus € 4 Millionen gegenüber € 88 Millionen im Vorjahr. Für den Rückgang war vor allem das Ergebnis aus Credit-Spread-Veränderungen für eigene Verbindlichkeiten verantwortlich, das um € 169 Millionen auf minus € 3 Millionen sank. Das Bewertungsergebnis von zu Absicherungszwecken gehaltenen derivativen Finanzinstrumenten verbesserte sich hingegen um € 76 Millionen.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent oder € 6 Millionen auf € 68 Millionen. Dabei stieg das Ergebnis aus der Bewertung von Wertpapieren des Fair-Value-Bestands um € 38 Millionen auf € 76 Millionen, überwiegend hervorgerufen durch Anleihen in Russland. Das Ergebnis aus der Veräußerung von Wertpapieren des Fair-Value-Bestands ging hingegen um € 30 Millionen auf € 22 Millionen zurück. Dieser Rückgang resultierte vor allem aus einer im Vorjahr erfolgten teilweisen Rückzahlung festverzinslicher Staatsanleihen in der Ukraine (minus € 53 Millionen), dem um € 19 Millionen höhere Veräußerungsgewinne der Konzernzentrale und um € 11 Millionen niedrigere Veräußerungsverluste in Russland gegenüberstanden. Ein höherer Wertberichtigungsbedarf sowie niedrigere Veräußerungserlöse aus Beteiligungen waren für den Rückgang des Ergebnisses aus Unternehmensanteilen um € 12 Millionen auf minus € 45 Millionen verantwortlich. Die Veräußerung von wertberichtigten bis zur Endfälligkeit zu haltenden Wertpapieren der Konzernzentrale brachte einen Ergebnisanstieg um € 8 Millionen.

Bankenabgaben, Sondereffekte und Firmenwerte

Der Aufwand für Bankenabgaben sank im Jahresvergleich um € 58 Millionen auf € 119 Millionen. Dieser Rückgang ergab sich durch die Auflösung einer 2014 dotierten Rückstellung im Zusammenhang mit der Zahlung von Bankenabgaben in Ungarn im Ausmaß von € 43 Millionen sowie geringere Aufwendungen in der Slowakei (Rückgang um € 7 Millionen) und in Österreich (Rückgang um € 8 Millionen).

In Ungarn kam es im Zusammenhang mit der Durchführung der im Settlement Act (einseitige Zinsänderungen bei Konsumentkrediten) geforderten Anpassungen zu einer teilweisen Auflösung der im Vorjahr gebildeten Rückstellung in Höhe von € 67 Millionen. In der Vergleichsperiode des Vorjahres war hier nach Bekanntwerden des Regierungsvorhabens eine Dotierung in Höhe von € 251 Millionen erfolgt.

Im September 2015 beschloss das kroatische Parlament ein Gesetz über die Zwangskonvertierung von Schweizer-Franken-Krediten zu den historischen Kursen bei der Kreditvergabe. Die dadurch entstehenden Verluste wurden zur Gänze den kreditgebenden Banken angelastet. Obwohl die RBI unmittelbar rechtliche Maßnahmen in die Wege geleitet hat, wurde eine Rückstellung von insgesamt € 77 Millionen gebucht. Daraus ergibt sich ein negativer Effekt in Höhe von € 61 Millionen auf das Konzernergebnis. Ein weiterer Aufwand von € 9 Millionen fiel für Fremdwährungskredite in Serbien und Kroatien an, wo die Ratenzahlungen im Verordnungsweg zu historischen Wechselkursen fixiert wurden.

Zusätzlich ergaben sich Wertminderungen von Firmenwerten in Höhe von € 7 Millionen, die bei Konzerneinheiten in der Ukraine und in Serbien vorgenommen wurden. Im Vorjahr waren Firmenwertabschreibungen in Höhe von € 399 Millionen für Konzerneinheiten in Polen (€ 194 Millionen), Russland (€ 148 Millionen) und Albanien (€ 51 Millionen) angefallen.

Ergebnis aus Endkonsolidierungen

Im Berichtsjahr wurde aus der Endkonsolidierung von 28 Tochterunternehmen ein Ergebnis von € 41 Millionen erzielt, während es im Vorjahr aufgrund des Ausscheidens von 18 Tochterunternehmen aus dem Konsolidierungskreis zu einem Verlust von € 10 Millionen gekommen war (überwiegend aus dem Verkauf der Warenhandelsgruppe F.J. Elsner). Von den 28 ausgeschiedenen Tochterunternehmen wurden 22 Unternehmen aufgrund von Unwesentlichkeit und sechs Unternehmen infolge Verkaufs endkonsolidiert. Die Gesellschaften waren überwiegend im Leasing-, Handels- und Finanzierungsgeschäft tätig.

Der Verkauf des 75-Prozent-Anteils am russischen Pensionsfonds ZAO NPF Raiffeisen im Oktober 2015 erbrachte im Berichtsjahr einen Endkonsolidierungsgewinn von € 86 Millionen. Umgekehrt wurde im Zusammenhang mit der Veräußerung des 99,8-Prozent-Anteils an der slowenischen Tochterbank Raiffeisen Banka d.d. eine Wertminderung auf zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte von € 52 Millionen vorgenommen. Der Verkaufsvertrag wurde im Dezember 2015 unterzeichnet, das Closing wird für das erste Halbjahr 2016 erwartet.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag sanken im Jahresvergleich um € 207 Millionen auf € 276 Millionen. Dieser Rückgang resultierte im Wesentlichen aus einem Sondereffekt im Vorjahr (Wertminderungen für aktive latente Steuern in Höhe von € 196 Millionen in der Konzernzentrale und in Asien). Die effektive Steuerquote lag im Berichtsjahr mit 39 Prozent deutlich über dem österreichischen Ertragsteuersatz von 25 Prozent. Dies beruhte vor allem auf steuerlich nicht abzugsfähigen Aufwendungen vor allem in der Konzernzentrale, der Ukraine, der Tschechischen Republik, Rumänien, der Slowakei und Russland sowie steuerlich nicht aktivierbaren Verlustvorträgen in der Konzernzentrale und in Ungarn.

Ergebnis im Quartalsvergleich

in € Millionen	Q4/2015	Q3/2015 angepasst	Veränderung absolut	Veränderung in %	Q3/2015 veröffentlicht
Zinsüberschuss	832	814	18	2,2%	813
Provisionsüberschuss	390	384	6	1,6%	384
Handelsergebnis	29	- 14	43	-	- 14
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	18	33	- 15	- 45,3%	34
Betriebserträge	1.269	1.216	52	4,3%	1.216
Personalaufwand	- 381	- 352	- 29	8,3%	- 352
Sachaufwand	- 314	- 282	- 32	11,3%	- 282
Abschreibungen	- 118	- 79	- 39	48,9%	- 79
Verwaltungsaufwendungen	- 813	- 713	- 100	14,0%	- 713
Betriebsergebnis	456	503	- 48	- 9,4%	503
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 469	- 191	- 278	145,9%	- 191
Übrige Ergebnisse	16	- 59	76	-	- 155
Ergebnis vor Steuern	3	253	- 250	- 98,9%	157
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 83	- 52	- 32	62,0%	- 52
Ergebnis nach Steuern	- 81	201	- 282	-	106
Ergebnis der nicht beherrschenden Anteile	- 2	- 16	14	- 86,9%	- 16
Konzernergebnis	- 83	186	- 268	-	90

Q3/2015 Zahlen angepasst (Erläuterungen im Konzernabschluss).

Betriebserträge

Zinsüberschuss

Im Vergleich zum dritten Quartal 2015 stieg der Zinsüberschuss im vierten Quartal um 2 Prozent oder € 18 Millionen auf € 832 Millionen. Die Nettozinsspanne (gerechnet auf die zinstragenden Aktiva) erhöhte sich im Quartalsvergleich um 9 Basispunkte auf 3,07 Prozent. Hauptverantwortlich für diese positive Entwicklung war ein Anstieg der laufenden Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen, insbesondere einer Immobilienholding in Österreich, um € 65 Millionen, durch den ein Rückgang der Zinserträge aus derivativen Finanzinstrumenten sowie aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden zur Gänze kompensiert wurde.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss stieg gegenüber dem dritten Quartal um 2 Prozent oder € 6 Millionen auf € 390 Millionen. Den größten Zuwachs verzeichnete hier das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr mit einer Steigerung um 6 Prozent oder € 10 Millionen auf € 174 Millionen, hervorgerufen durch höhere Provisionserträge aus dem Kreditkartengeschäft in Russland. Das Ergebnis aus dem Verkauf von Eigen- und Fremdprodukten stieg vorrangig in Polen und Ungarn um € 4 Millionen auf € 16 Millionen, der Zuwachs wurde jedoch durch einen Rückgang im Ergebnis aus sonstigen Bankdienstleistungen kompensiert. Das Ergebnis aus dem Wertpapierhandel sowie jenes aus dem Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft verzeichneten volumen- und margenbedingte Rückgänge um jeweils € 2 Millionen; die stärksten Einbußen fielen dabei in Rumänien und Russland an.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorquartal um € 43 Millionen auf € 29 Millionen. Das zinsbezogene Geschäft stieg dabei um € 83 Millionen auf € 36 Millionen, vorrangig hervorgerufen durch Bewertungsgewinne aus derivativen Finanzinstrumenten und Wertpapierpositionen in Polen. Auslöser für den im währungsbezogenen Geschäft eingetretenen Ergebnisrückgang um € 33 Millionen auf € 5 Millionen waren geringere Bewertungsergebnisse aus Fremdwährungspositionen vor allem in Polen, ein aufgrund der Währungsabwertung verursachter Rückgang in Belarus sowie Kosten für den Capital Hedge in Höhe von € 9 Millionen. Dem standen Bewertungsgewinne aus Fremdwährungspositionen in der Konzernzentrale gegenüber. Das Ergebnis aus dem aktien- und indexbasierten Geschäft sank - bedingt durch das schwierige Marktumfeld - um € 12 Millionen auf minus € 13 Millionen. Allerdings ist dieser Verlust durch Hedging-Instrumente abgesichert. Das Ergebnis im sonstigen Geschäft stieg infolge eines Bewertungsgewinns aus einem Garantieprodukt.

Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis ging im vierten Quartal um € 15 Millionen auf € 18 Millionen zurück. Das Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen verringerte sich hier vorwiegend in Russland, Albanien, Ungarn und Rumänien um insgesamt € 15 Millionen. Auch das Ergebnis aus dem Abgang von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten reduzierte sich um € 10 Millionen, hervorgerufen durch Rückgänge in Ungarn, der Ukraine, Kroatien und Polen.

Verwaltungsaufwendungen

Mit € 813 Millionen lagen die Verwaltungsaufwendungen im vierten Quartal 2015 um 14 Prozent oder € 100 Millionen über dem Wert des Vorquartals von € 713 Millionen.

Dabei stieg der Personalaufwand im vierten Quartal 2015 um € 29 Millionen auf € 381 Millionen. Ausschlaggebend dafür waren höhere Löhne und Gehälter sowie Bonusrückstellungen vor allem in der Konzernzentrale, Russland, Ungarn, der Slowakei sowie Bosnien und Herzegowina, während der Personalaufwand in Polen aufgrund der Auflösung von Rückstellungen für ein Mitarbeiterbindungsprogramm sank.

Der Sachaufwand stieg um € 32 Millionen auf € 314 Millionen. Dafür waren höhere Aufwendungen für die Einlagensicherung in Polen und der Slowakei, Beiträge für einen Fonds zum Schutz von Hypothekarkreditnehmern in Polen sowie höhere Werbeaufwendungen in nahezu allen Ländern verantwortlich. Dem standen eine Reduktion des Beitrags zum Bankenabwicklungsfonds in der Konzernzentrale sowie niedrigere Rechts- und Beratungsaufwendungen gegenüber.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte stiegen im Quartalsvergleich um € 39 Millionen auf € 118 Millionen, hauptsächlich zurückzuführen auf eine Wertminderung der Marke in Polen und Wertminderungen auf Gebäude in der Ukraine, Russland und der Slowakei.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen stiegen gegenüber dem dritten Quartal um € 278 Millionen auf € 469 Millionen. Zurückzuführen war dies auf die Entwicklung des Firmenkundengeschäfts vor allem in Asien (Anstieg der Dotierungen um € 174 Millionen) und in der Konzernzentrale (Anstieg um € 35 Millionen). In Bulgarien und Albanien wurden jeweils um € 15 Millionen höhere Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen vorgenommen. Ebenso waren in der Mehrzahl der übrigen Länder etwas höhere Vorsorgen zu bilden. Insgesamt zeigten die Nettodotierungen zu Einzelwertberichtigungen damit einen Anstieg um € 274 Millionen auf € 502 Millionen, während die Nettoauflösungen von Portfolio-Wertberichtigungen mit € 31 Millionen nahezu konstant blieben. Die Erlöse aus dem Verkauf von wertberichtigten Krediten fielen – vor allem aufgrund der Entwicklung in Polen – um € 6 Millionen geringer aus als im Vorquartal.

Der Bestand an notleidenden Kundenkrediten sank gegenüber dem Vorquartal um € 606 Millionen auf € 8.328 Millionen. Währungsbereinigt lag der Rückgang sogar bei € 662 Millionen. Dabei kam es in nahezu allen Ländern zu Reduktionen, insbesondere in Ungarn (Rückgang um € 130 Millionen), Russland (Rückgang um € 118 Millionen), Polen (Rückgang um € 76 Millionen), Asien (Rückgang um € 66 Millionen), Slowenien (Rückgang um € 64 Millionen) und Bulgarien (Rückgang um € 42 Millionen). Die NPL Ratio fiel im Quartalsvergleich von 12,2 Prozent auf 11,9 Prozent. Die NPL Coverage Ratio erhöhte sich hingegen um 4,4 Prozentpunkte auf 71,3 Prozent.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten verringerte sich im vierten Quartal um € 35 Millionen auf minus € 15 Millionen. Verantwortlich dafür war vor allem das Bewertungsergebnis aus der Veränderung des Credit Spreads der eigenen Emissionen (Rückgang um € 31 Millionen).

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen sank im vierten Quartal von zuvor € 7 Millionen auf nahezu null. Um € 39 Millionen höhere Wertberichtigungen auf Beteiligungen (hauptsächlich auf eine österreichische Immobilienholding) wurden hier durch höhere Veräußerungserlöse von Wertpapieren des Fair-Value-Bestands (plus € 26 Millionen) und bis zur Endfälligkeit zu haltenden Wertpapieren (plus € 10 Millionen) der Konzernzentrale großteils ausgeglichen.

Bankenabgaben, Sondereffekte und Firmenwerte

Die Bankenabgaben blieben im vierten Quartal mit € 26 Millionen beinahe unverändert.

In Ungarn kam es im Rahmen der Umsetzung des im Vorjahr von der Regierung beschlossenen Settlement Act zu einer weiteren teilweisen Auflösung der dafür gebildeten Rückstellung im Ausmaß von € 29 Millionen. Im dritten Quartal war hier eine Auflösung von € 4 Millionen gebucht worden.

In Kroatien beschloss das Parlament im September 2015 ein Gesetz über die Zwangskonvertierung von Schweizer-Franken-Krediten zu den historischen Kursen bei der Kreditvergabe. Die dadurch entstehenden Verluste wurden zur Gänze den kreditgebenden Banken angelastet. Dies führte im dritten Quartal 2015 in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu einem Sondereffekt in Form einer Rückstellung von € 75 Millionen. Nach Steuern wirkte sich dieser mit € 61 Millionen negativ auf das Konzernergebnis aus. Im vierten Quartal 2015 ergab sich ein negativer Effekt von € 2 Millionen.

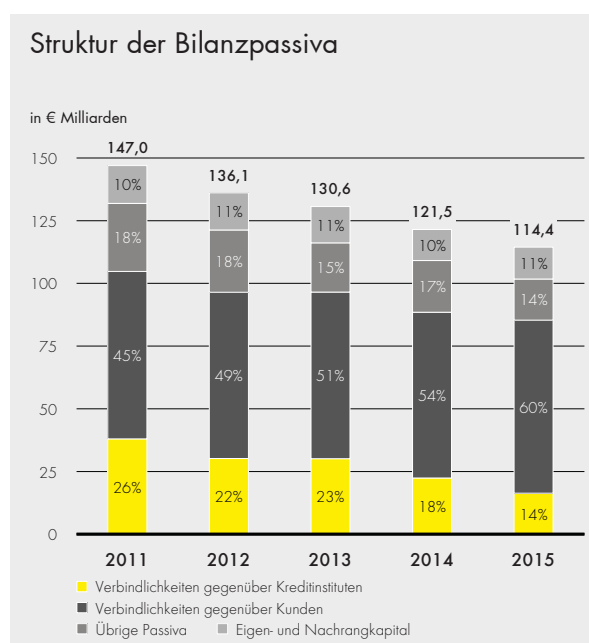
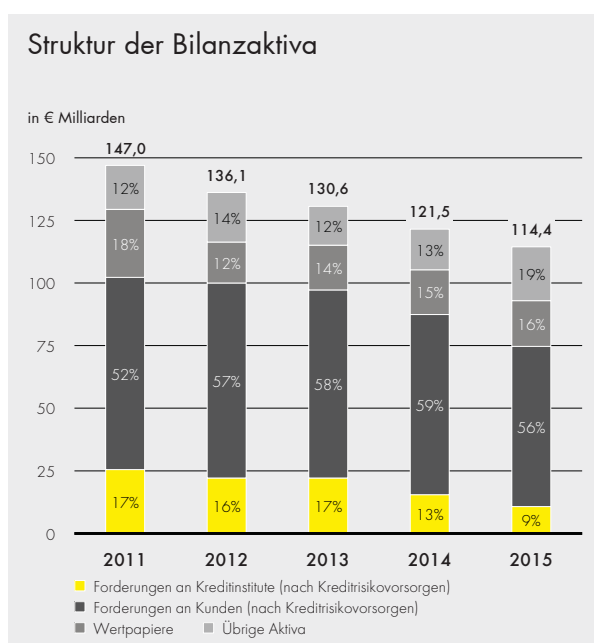
Zusätzlich ergaben sich im vierten Quartal 2015 Wertminderungen von Firmenwerten in Höhe von € 4 Millionen für Konzerneinheiten in der Ukraine und in Serbien.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Steueraufwand stieg im Quartalsvergleich um € 32 Millionen auf € 83 Millionen. Ausschlaggebend dafür waren höhere Steueraufwendungen in Russland und in der Konzernzentrale im vierten Quartal. Dagegen hatte der Ansatz aktiver latenter Steuern im Zusammenhang mit Schweizer-Franken-Krediten in Kroatien im dritten Quartal aufwandsmindernd gewirkt.

Bilanz

Die Bilanzsumme der RBI ging im Verlauf des Jahres 2015 um 6 Prozent oder € 7.073 Millionen auf € 114.427 Millionen zurück. Aufgrund der Währungsentwicklung – vor allem durch die Aufwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro (plus 12 Prozent) – ergab sich dabei ein Anstieg um rund € 1,5 Milliarden. Organisch gesehen reduzierte sich die Bilanzsumme um rund € 8,5 Milliarden, die Effekte aus Konsolidierungskreiszu- und -abgängen sind per Saldo vernachlässigbar.



Aktiva

Die Forderungen an Kreditinstitute vor Abzug der Kreditrisikovorsorgen (€ 120 Millionen) gingen um 30 Prozent oder € 4.736 Millionen auf € 10.837 Millionen zurück. Hauptverantwortlich dafür war ein - vor allem in der Konzernzentrale angefallener - Rückgang der kurzfristigen Forderungen aus dem Geldmarktgeschäft um € 4.375 Millionen auf € 6.547 Millionen zugunsten einer höheren Barreserve. Dabei verringerten sich die Forderungen aus Pensionsgeschäften und Wertpapierleihen um € 3.654 Millionen auf € 1.180 Millionen.

Die Forderungen an Kunden vor Abzug der Kreditrisikovorsorgen (€ 5.935 Millionen) sanken im Berichtsjahr um 10 Prozent oder € 8.004 Millionen auf € 69.921 Millionen. Dabei gingen die Kredite an Großkunden um € 6.897 Millionen auf € 41.685 Millionen zurück. Hier wurden die größten Rückgänge in der Konzernzentrale, Asien, Russland (währungsbedingt) und Polen verzeichnet. Zu Anstiegen kam es hingegen in der Tschechischen Republik und der Slowakei. Die Forderungen gegenüber Retail-Kunden (Privatpersonen sowie Klein- und Mittelbetriebe) beliefen sich auf € 24.635 Millionen. Dies entspricht einem Rückgang um € 300 Millionen. Während sich hier das Kreditvolumen in Ungarn aufgrund der Durchführung des im Vorjahr beschlossenen Settlement Act verringerte, sank es in Russland sowohl durch die Währungsentwicklung als auch organisch bedingt. Die Tschechische Republik und die Slowakei wiesen auch im Retail-Kundenbereich Kreditzuwächse auf. Die Forderungen an den öffentlichen Sektor gingen - vor allem durch die Entwicklung in Ungarn bedingt - um € 637 Millionen auf € 814 Millionen zurück.

Der Anstieg der übrigen Aktiva um € 5.309 Millionen resultierte überwiegend aus der Zunahme der Barreserve um € 6.443 Millionen auf € 13.212 Millionen - vor allem in der Konzernzentrale, der Tschechischen Republik und der Slowakei. Dem stand ein Rückgang bei den Handelsderivaten um € 1.636 Millionen - hauptsächlich in der Konzernzentrale - gegenüber.

Passiva

Das Refinanzierungsvolumen des Konzerns über Kreditinstitute (zumeist Geschäftsbanken) reduzierte sich um 27 Prozent oder € 6.039 Millionen auf € 16.369 Millionen. Dabei kam es vor allem in der Konzernzentrale, Asien, Russland und Polen zu einem Abbau von lang- und kurzfristigen Einlagen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich im Jahresverlauf um 4 Prozent oder € 2.897 Millionen auf € 68.991 Millionen. Hier verzeichneten vor allem die Einlagen von Retail-Kunden und jene des öffentlichen Sektors Zuwächse. Der bei den Einlagen von Retail-Kunden eingetretene Anstieg um € 2.718 Millionen auf € 33.644 Millionen stammte überwiegend aus Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Russland und Rumänien. Höhere Einlagen des öffentlichen Sektors - sie erhöhten sich in Summe um € 563 Millionen - wies vor allem die Konzernzentrale auf. Die Einlagen von Großkunden verringerten sich hingegen um € 645 Millionen auf € 30.644 Millionen. Die größten Rückgänge wurden dabei in Asien und in Russland verbucht, während die Slowakei und die Tschechische Republik Zuwächse zeigten.

Die übrigen Passiva sanken um € 4.233 Millionen auf € 16.401 Millionen. Dabei nahmen die verbrieften Verbindlichkeiten - hauptsächlich durch den geringeren Refinanzierungsbedarf - um € 3.091 Millionen ab; die Handelspassiva reduzierten sich vorwiegend in der Konzernzentrale um € 1.786 Millionen.

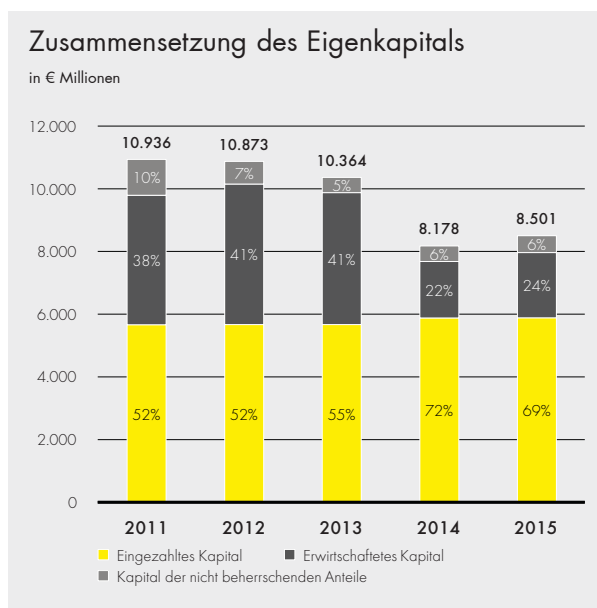
Eigenkapital

Bilanzielles Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital, das sich aus dem Konzern-Eigenkapital, dem Konzernergebnis und dem Kapital der nicht beherrschenden Anteile zusammensetzt, erhöhte sich gegenüber dem Jahresultimo 2014 um 4 Prozent oder €323 Millionen auf € 8.501 Millionen. Für das Geschäftsjahr 2014 wurde keine Dividende an die Aktionäre der RBI ausgezahlt.

Das auf den Eigenanteil entfallende Gesamtergebnis von € 329 Millionen setzt sich aus dem Konzernergebnis von € 379 Millionen und dem sonstigen Ergebnis von minus € 49 Millionen zusammen. Den größten Posten im sonstigen Ergebnis stellten die Währungsdifferenzen dar, die sich in der Berichtsperiode auf minus € 185 Millionen beliefen (2014: minus € 1.314 Millionen). Wesentlicher Treiber war hier die Abwertung des weißrussischen Rubels (minus € 107 Millionen) und des russischen Rubels (minus € 94 Millionen). Positiv wirkten sich hingegen mit € 90 Millionen der Capital Hedge und mit € 76 Millionen die Bewertungsänderungen der zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerte aus.

Das Kapital der nicht beherrschenden Anteile erhöhte sich um € 40 Millionen auf € 535 Millionen. Dies war zum einen auf den Ergebnisanteil der nicht beherrschenden Anteile in Höhe von € 56 Millionen, eine Kapitalerhöhung durch den Einstieg der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) bei der Raiffeisenbank Aval JSC in Höhe von € 63 Millionen sowie weitere kleinere Kapitalbewegungen zurückzuführen. Zum anderen wurden im Berichtsjahr Dividenden in Höhe von € 51 Millionen an Minderheitsgesellschafter von Konzerneinheiten ausgeschüttet.



Eigenmittel gemäß CRR/BWG

Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) ermittelt. Dabei wird die RBI gemäß Artikel 11 CRR auf subkonsolidierter Ebene von der EZB beaufsichtigt, womit die RBI nicht nur als Einzelinstitut, sondern auch als Teilkonzern den Bestimmungen der CRR unterliegt. Die RBI ist auch weiterhin Teil des regulatorischen RZB-Konzerns. Neben den durch die CRR definierten Mindesteigenmittelfordernissen ist die RBI auch angehalten, die von der EZB im Rahmen des SREP-Prozesses aufgestellten Eigenmittelfordernisse einzuhalten. Diesbezüglich wird auf den Anhang, Punkt (47) Kapitalmanagement und Eigenmittel nach CRR/CRD IV bzw. BWG, verwiesen.

Das harte Kernkapital nach Abzugsposten erreichte einen Wert von € 7.671 Millionen. Dies bedeutet einen Anstieg von € 227 Millionen gegenüber dem Vergleichswert 2014, der vor allem auf der Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2015 beruht. Dagegen wirkten sich Währungsdifferenzen, primär die Abwertung des weißrussischen Rubels, des russischen Rubels und der ukrainischen Hryvna, mit € 194 Millionen negativ auf die Eigenmittel aus. Weiters führten die geänderten Übergangsbestimmungen der CRR zu einem Rückgang, bedingt durch Abzugsposten und die geringere Anrechnung von Minderheitsanteilen. Die ergänzenden Eigenmittel (Tier-2-Kapital) reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um € 210 Millionen auf € 3.316 Millionen. Dieser Rückgang stand vor allem im Zusammenhang mit Kreditrisikovorsorgen. Die gesamten Eigenmittel nach CRR betragen € 10.987 Millionen und damit um € 17 Millionen mehr als zum Jahresende 2014.

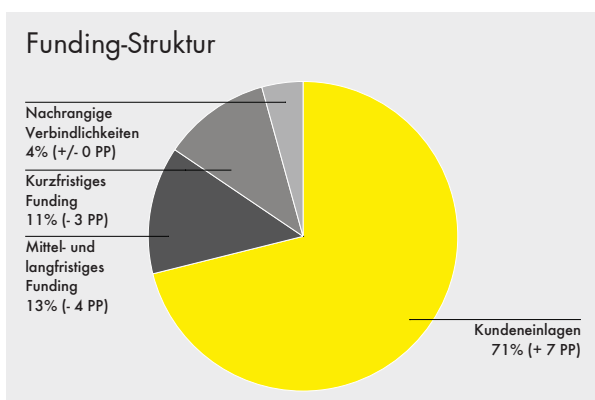
Den Eigenmitteln stand ein Eigenmittelfordernis von € 5.062 Millionen gegenüber. Der hier eingetretene Rückgang basiert im Wesentlichen auf einer Verringerung des Obligos bei Firmenkunden sowie - zu einem geringeren Teil - auf neuen Vertriebs-transaktionen sowie dem Rückgang im Retail-Geschäft in Ungarn und Russland. Das Eigenmittelfordernis für das Kreditrisiko belief sich auf € 4.117 Millionen, das Eigenmittelfordernis für das Positionsrisiko in Schuldtiteln, Substanzwerten, Waren und Fremdwährungen betrug € 241 Millionen, und das Eigenmittelfordernis für das operationelle Risiko lag bei € 704 Millionen.

Bezogen auf das Gesamtrisiko ergaben sich eine Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) von 12,1 Prozent und eine Eigenmittelquote (transitional) von 17,4 Prozent. Ohne Berücksichtigung der in der CRR definierten Übergangsbestimmungen ergaben sich eine Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) von 11,5 Prozent und eine Eigenmittelquote (fully loaded) von 16,8 Prozent.

Funding

Banken refinanzieren sich grundsätzlich über ihre Eigenmittel und Kundeneinlagen sowie über diverse Instrumente des Kapital- und Interbankenmarkts. Die Refinanzierungsmöglichkeiten für Banken auf dem internationalen Kapitalmarkt waren 2015 insgesamt stabil, für österreichische Banken war der Kapitalmarktzugang aufgrund des Moratoriums für HETA-Anleihen jedoch schwieriger. Für die RBI im Speziellen war die Nutzung des internationalen Kapitalmarkts aufgrund der schrittweisen Umsetzung der strategischen Neuausrichtung, des Ukraine/Russland-Konflikts sowie des Ölpreisverfalls nur bedingt möglich. Aufgrund des geringeren Fundingbedarfs und anderer Refinanzierungsmöglichkeiten war dies für die RBI jedoch verkraftbar.

Die US-Notenbank leitete – nachdem sie die Märkte auf das Ende ihrer Nullzinspolitik vorbereitet hatte – im Dezember 2015 schließlich die Zinswende ein. Relevant für das Funding von Banken in der Eurozone waren jedoch vor allem die Effekte der Anleihenankaufprogramme der EZB bzw. deren weitere Zinssenkungen (Erhöhung des negativen Einlagenszinssatzes für Geschäftsbanken). Dies führte dazu, dass die zusätzliche Liquidität in den Märkten die Kosten der Refinanzierung für Banken im Jahr 2015 reduzierte. Die Überschussliquidität im Geldmarkt blieb damit weiterhin erhalten, und Staatsanleiherenditen samt Risikoprämien blieben im Jahresverlauf auf historisch niedrigem Niveau.



Die Refinanzierung der RBI beruht einerseits auf Kundeneinlagen, die Ende 2015 € 69,0 Milliarden oder 71 Prozent der Refinanzierung ausmachten, und zum anderen auf dem Wholesale Funding, das mit € 28,0 Milliarden die verbleibenden 29 Prozent beisteuerte. Der hohe Anteil der Kundeneinlagen schafft eine stabile Refinanzierungsbasis und macht den Konzern weniger anfällig für Turbulenzen auf den Finanzmärkten. In einigen Märkten wurden weitere Retail-Einlagen (plus € 2,7 Milliarden) generiert, die zu einer noch höheren Stabilität führten. In anderen Märkten wie Russland und Südosteuropa blieben die Einlagen trotz teilweise deutlicher Reduktion der Einlagenszinsen stabil. Die Einlagen von Firmenkunden gingen jedoch um € 0,4 Milliarden leicht zurück.

Die angestrebte Diversifizierung der Finanzierungsquellen im Wholesale Funding wurde einerseits durch die Nutzung lokaler Märkte über den Eigenvertrieb von Anleihen, Zertifikaten und Einlagen erreicht. Andererseits kamen langfristige Finanzierungen aus Quellen zum Tragen, die weniger stark unter dem Einfluss von Veränderungen auf den internationalen Kapitalmärkten stehen. Dabei arbeitet der Konzern aktiv mit supranationalen Institutionen zusammen. 2015 wurde etwa eine Verbriefung der Raiffeisen Leasing Polen im Volumen von € 130 Millionen in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investmentbank (EIB) abgeschlossen. Diese supranationalen Institutionen unterstützen die in Osteuropa tätigen Banken nicht nur mit bilateralen Krediten, sondern auch in der Entwicklung der lokalen Kapitalmärkte. Die RBI kooperiert mit diesen Institutionen jedoch nicht nur bei Finanzierungen, sondern auch in anderen Bereichen, etwa bei Risk-Sharing-Programmen, die zu einer Optimierung der RWA (gesamt) führen.

Für die mittel- bis langfristige Refinanzierung nutzte die RBI AG unter anderem das „EUR 25,000,000,000 Debt Issuance Programme“, in dessen Rahmen Anleihen in unterschiedlichen Währungen und Strukturen ausgegeben werden können. Per Jahresultimo 2015 waren davon in Summe € 8,4 Milliarden an Anleihen aushaftend. Auch im Jahr 2015 setzte die RBI ihren Funding-Plan überwiegend mit kleinvolumigen Privatplatzierungen um – im Ausmaß von rund € 2,2 Milliarden und einer gewichteten Laufzeit von rund vier Jahren. Davon wurden rund € 0,6 Milliarden in Form von Anleihen platziert, der restliche Betrag wurde in Form von langfristigen Einlagen aufgebracht.

Forschung und Entwicklung

Die RBI ist als Universalbank auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung im engeren Sinn prinzipiell nicht tätig.

Im Rahmen des Financial Engineering entwickelt sie jedoch für ihre Kunden maßgeschneiderte Lösungen im Zusammenhang mit Investitionen, Finanzierungen oder der Risikoabsicherung. Das Financial Engineering umfasst – neben strukturierten Investment-Produkten – insbesondere strukturierte Finanzierungen, also Finanzierungskonzepte, die über den Einsatz von Standardinstrumenten hinausgehen, wie sie etwa in der Akquisitions- oder Projektfinanzierung eingesetzt werden. Ebenso entwickelt die RBI für ihre Kunden individuelle Lösungen zur Absicherung der unterschiedlichsten Risiken – vom Zinsrisiko über das Währungsrisiko bis hin zum Rohstoffpreisrisiko. Neben dem Financial Engineering arbeitet die RBI im Bereich Cash Management aktiv an der Weiterentwicklung von integrierten Produktlösungen für den internationalen Zahlungsverkehr.

Internes Kontroll- und Risikomanagement-System im Hinblick auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess

Eine ausgewogene und vollständige Finanzberichterstattung ist für die RBI und ihre Organe ein wichtiges Ziel. Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist dabei eine selbstverständliche Grundvoraussetzung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des Unternehmens entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagement-Systems im Hinblick auf den gesamten Rechnungslegungsprozess.

Ziel dieses internen Kontrollsystems ist es, das Management dadurch zu unterstützen, dass es effektive und laufend verbesserte interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung gewährleistet. Das Kontrollsystem ist neben der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften auch auf die Schaffung optimaler Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen ausgerichtet.

Basis für die Erstellung des Konzernabschlusses sind die einschlägigen österreichischen Gesetze, allen voran das Bankwesengesetz (BWG) und das österreichische Unternehmensgesetzbuch (UGB), in denen die Aufstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses geregelt wird. Die Rechnungslegungsnorm für den Konzernabschluss bilden die International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie von der EU übernommen wurden.

Kontrollumfeld

Für die RBI und die übergeordnete RZB besteht bereits seit Jahren ein internes Kontrollsystem mit einem Anweisungswesen in Form von Direktiven und Anweisungen für strategisch wichtige Themenbereiche als zentralem Element. Dies umfasst

- die Kompetenzordnung für die Genehmigung von Konzern- und Unternehmensdirektiven sowie Abteilungs- und Bereichsanweisungen,
- Prozessbeschreibungen für die Erstellung, Qualitätsüberprüfung, Genehmigung, Veröffentlichung, Implementierung und Überwachung von Direktiven und Anweisungen sowie
- Regelungen für die Überarbeitung bzw. die Außerkraftsetzung von Direktiven und Anweisungen.

Für die Implementierung der Konzernanweisungen ist das Management der jeweiligen Konzerneinheiten verantwortlich. Die Überwachung der Einhaltung dieser Konzernregelungen erfolgt im Rahmen von Revisionsprüfungen durch die Konzern- und die lokale Revision.

Erstellt wird der Konzernabschluss von Accounting & Reporting, angesiedelt im Bereich des Finanzvorstands. Die zugehörigen Verantwortlichkeiten sind im Rahmen einer eigenen Konzernfunktion konzernweit definiert.

Risikobeurteilung

Wesentliche Risiken in Bezug auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess werden durch den Vorstand evaluiert und überwacht. Komplexe Bilanzierungsgrundsätze können zu einem erhöhten Fehlerrisiko führen, dasselbe gilt für uneinheitliche Grundsätze für die Bewertung, insbesondere für die im Konzern essenziellen Finanzinstrumente. Darüber hinaus birgt auch ein schwieriges Geschäftsumfeld das Risiko wesentlicher Fehler in der Berichterstattung. Für verschiedene Aktiv- und Passivposten, für die kein verlässlicher Marktwert ermittelbar ist, müssen im Rahmen der Erstellung eines Konzernabschlusses Schätzungen vorgenommen werden. Dies gilt speziell für das Kreditgeschäft, das Sozialkapital sowie die Werthaltigkeit von Wertpapieren, Beteiligungen, Markenrechten und Firmenwerten.

Kontrollmaßnahmen

Die Erstellung der Einzelabschlüsse erfolgt dezentral in den jeweiligen Konzerneinheiten nach den Vorgaben der RZB bzw. RBI. Die für das Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeiter und Geschäftsleiter der Konzerneinheiten sind für die vollständige Abbildung und korrekte Bewertung aller Transaktionen verantwortlich. Durch unterschiedliche lokale Rechnungslegungsstandards können die lokalen Einzelabschlüsse von den an die RBI gelieferten Werten abweichen. Es liegt in der Verantwortung der jeweiligen lokalen Geschäftsführung, dass die vorgeschriebenen internen Kontrollmaßnahmen, z. B. Funktionstrennungen oder das Vier-Augen-Prinzip, umgesetzt werden.

Konzernkonsolidierung

Die Übermittlung der Abschlussdaten, die von einem externen Wirtschaftsprüfer geprüft oder prüferisch durchgesehen werden, erfolgt überwiegend durch Direkteingabe oder automatisierte Übertragung in das Konsolidierungssystem IBM Cognos Controller jeweils bis Ende Jänner des Folgejahres. Das System ist in Bezug auf die IT-Sicherheit durch die restriktive Vergabe von Berechtigungen geschützt.

Die von den Konzerneinheiten eingelangten Abschlussdaten werden im Accounting & Reporting durch den für die jeweilige Konzerneinheit verantwortlichen Key Account Manager zunächst auf Plausibilität überprüft. Kontrollaktivitäten auf Konzernebene umfassen die Analyse und gegebenenfalls die Anpassung der von den Konzerneinheiten vorgelegten Finanzabschlüsse. Dabei werden die vom Abschlussprüfer vorgelegten Berichte und die Ergebnisse der Abschlussbesprechungen mit Vertretern der Einzelgesellschaften berücksichtigt. In den Gesprächen werden sowohl die Plausibilität der Einzelabschlüsse als auch kritische Einzelsachverhalte der Konzerneinheiten diskutiert.

Im Konsolidierungssystem erfolgen dann die weiteren Konsolidierungsschritte. Diese umfassen u. a. die Kapitalkonsolidierung, die Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie die Schuldenkonsolidierung. Abschließend werden allfällige Zwischengewinne durch Konzernbuchungen eliminiert. Die Erstellung der nach IFRS und BWG/UGB geforderten Anhangangaben bildet den Abschluss der Konsolidierung.

Zusätzlich zum Vorstand umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene (Abteilungsleiter). Sämtliche Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewendet, um sicherzustellen, dass potenzielle Fehler oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vermieden bzw. entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der Periodenergebnisse durch das Management bis hin zur spezifischen Überleitung von Konten und zur Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen.

Der Konzernabschluss wird samt dem Lagebericht im Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats behandelt und darüber hinaus dem Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Er wird im Rahmen des Geschäftsberichts, auf der firmeneigenen Internetseite sowie im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht und zuletzt zum Firmenbuch eingereicht.

Information und Kommunikation

Grundlage für den Konzernabschluss sind standardisierte, konzernweit einheitliche Formulare. Die Bilanzierungs- und Bewertungsstandards werden dabei im RZB Group Accounts Manual definiert bzw. erläutert und sind für die Erstellung der Abschlussdaten verbindlich. Die Anweisungen an die Konzerneinheiten betreffend Details zu Bewertungsmaßnahmen im Bereich des Kreditrisikos und ähnlicher Fragestellungen erfolgen im Rahmen von Konzerndirektiven. Änderungen in den Anweisungen und Standards werden den betroffenen Einheiten in regelmäßigen Schulungen kommuniziert.

Im jährlich erscheinenden Geschäftsbericht werden die konsolidierten Ergebnisse in Form eines vollständigen Konzernabschlusses dargestellt. Dieser Konzernabschluss wird vom externen Konzern-Abschlussprüfer geprüft. Zusätzlich wird ein Konzern-Lagebericht erstellt, in dem eine verbale Erläuterung der Konzernergebnisse gemäß den gesetzlichen Vorgaben erfolgt.

Unterjährig wird monatlich auf konsolidierter Basis an das Konzern-Management berichtet. Die veröffentlichten Zwischenberichte – sie entsprechen den Bestimmungen des IAS 34 – werden gemäß Börsengesetz quartalsweise erstellt. Zu veröffentlichende Konzernabschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern und dem Finanzvorstand vor Weiterleitung an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats einer abschließenden Würdigung unterzogen. Für das Management werden darüber hinaus Analysen zum Konzernabschluss zusammengestellt, ebenso erfolgen periodisch Vorscheurechnungen für den Konzern. Der von Planning & Finance durchgeführte Budgetierungs- und Kapitalplanungsprozess schließt auch die Erstellung von Konzernbudgets auf Dreijahresbasis ein.

Überwachung

Die Verantwortung für die unternehmensweite fortlaufende Überwachung obliegt dem Vorstand sowie dem Controlling. Darüber hinaus sind die Abteilungsleiter für die Überwachung ihrer Geschäftsfelder zuständig; so werden in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Zusätzlich ist die interne Revision in den Überwachungsprozess involviert. Die Revisionsfunktion wird dabei vom Bereich Audit (Group Audit) der RZB wahrgenommen. Für sämtliche Revisionsaktivitäten gelten die konzernweit verbindlichen revisions-spezifischen Regelwerke (Group Audit Standards), die auf den Mindeststandards für die interne Revision der Österreichischen Finanzmarktaufsicht sowie internationalen „Best Practices“ basieren. Zusätzlich gelten die internen Regelungen des Bereichs Audit (insbesondere auch die Audit Charter).

Die Konzernrevision überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften in den Konzerneinheiten der RZB. Der Leiter des Bereichs Audit berichtet direkt an die Vorstände der RZB AG und der RBI AG.

Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte

Die folgenden Angaben decken die Bestimmungen des § 243a Abs 1 UGB ab:

(1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2015 € 893.586.065,90 und ist in 292.979.038 auf Inhaber lautende stimmberechtigte Stammaktien aufgeteilt. Davon sind zum Stichtag 31. Dezember 2015 557.295 Stück eigene Aktien, sodass sich zum Bilanzstichtag 292.421.743 Aktien im Umlauf befanden.

(2) Die Satzung enthält keine Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen. Dem Vorstand sind keine Beschränkungen aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern bekannt.

(3) Die RZB AG hält über ihre 100-Prozent-Tochter Raiffeisen International Beteiligungs GmbH rund 60,7 Prozent am Grundkapital an der Gesellschaft. Die restlichen Aktien der RBI AG befinden sich im Streubesitz. Dem Vorstand sind hier keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die zumindest 10 Prozent betragen.

Oberstes Mutterunternehmen ist die Raiffeisen-Landesbanken-Holding GmbH, die direkt und indirekt mit insgesamt rund 82,4 Prozent an der RZB AG beteiligt ist. Der direkte Anteil beträgt rund 3,9 Prozent, der indirekte Anteil rund 78,5 Prozent. Dieser wird über die 100-Prozent-Tochter R-Landesbanken-Beteiligung GmbH gehalten.

(4) Laut Satzung der Gesellschaft wird der RZB AG das Recht auf Entsendung von bis zu einem Drittel der von der Hauptversammlung zu wählenden Mitglieder des Aufsichtsrats eingeräumt, solange sie eine Beteiligung am Grundkapital hält. Darüber hinaus bestehen keine besonderen Kontrollrechte von Aktieninhabern.

(5) Es besteht keine Stimmrechtskontrolle bei einer Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer.

(6) Laut Satzung können Personen, die das 68. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Vorstands bestellt oder für eine weitere Funktionsperiode wiederbestellt werden. Für den Aufsichtsrat gilt, dass Personen, die das 75. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt oder für eine weitere Funktionsperiode wiedergewählt werden können. Mitglied des Aufsichtsrats kann ferner keine Person sein, die insgesamt bereits acht Aufsichtsratsmandate in börsennotierten Gesellschaften innehat. Der Vorsitz im Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft zählt dabei doppelt. Von dieser Beschränkung kann die Hauptversammlung durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen absehen, sofern dies gesetzlich zulässig ist. Jede zur

Wahl bestellte Person, die mehr Aufsichtsratsmandate oder -vorsitze in börsennotierten Gesellschaften innehat, hat dies der Hauptversammlung gegenüber offenzulegen. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen hinsichtlich der Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats (zum Entsendungsrecht der RZB AG siehe oben unter Punkt (4)). Die Satzung der Gesellschaft sieht vor, dass, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen oder die Satzung eine andere Mehrheit vorschreiben, die Hauptversammlung ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen fasst. In Fällen, in denen das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, erfolgt dies mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Aufgrund dieser Bestimmung können Aufsichtsratsmitglieder mit einfacher Mehrheit vorzeitig abberufen werden. Der Aufsichtsrat kann Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, beschließen. Dieses Recht kann an Ausschüsse delegiert werden. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

(7) Der Vorstand ist seit der Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 gemäß § 169 Aktiengesetz (AktG) ermächtigt, bis längstens 25. August 2019 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital – allenfalls in mehreren Tranchen – um bis zu € 446.793.032,95 durch Ausgabe von bis zu 146.489.519 Stück neuen, auf Inhaber lautenden stimmberechtigten Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (auch im Wege des mittelbaren Bezugsrechts durch ein Kreditinstitut gemäß § 153 (6) AktG) und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, (i) wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage erfolgt oder (ii) wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlage erfolgt und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreiten (Bezugsrechtsausschluss).

Das Grundkapital ist gemäß § 159 (2) Z 1 AktG um bis zu € 119.258.123,20 durch Ausgabe von bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als von einem unentziehbaren Umtausch- oder Bezugsrecht Gebrauch gemacht wird, das die Gesellschaft den Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen, die auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, auf Aktien einräumt, und der Vorstand nicht beschließt, eigene Aktien zuzuteilen. Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung vom 26. Juni 2013 ermächtigt, gemäß § 174 (2) AktG innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der gegenständlichen Beschlussfassung durch die Hauptversammlung mit Zustimmung des Aufsichtsrats, auch in mehreren Tranchen, Wandelschuldverschreibungen mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu € 2.000.000.000,- mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu € 119.258.123,20 verbunden ist, auszugeben. Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Wandelschuldverschreibungen ist ausgeschlossen. Bis dato wurden keine Wandelschuldverschreibungen ausgegeben.

Die Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 ermächtigte den Vorstand nach den Bestimmungen des § 65 (1) Z 4 und Z 8 AktG für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 3. Dezember 2016, eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 10 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben und gegebenenfalls einzuziehen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke – mit Ausnahme des Wertpapierhandels – durch die Gesellschaft, mit ihr verbundene Unternehmen oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden. Der geringste beim Rückwerb zu leistende Gegenwert beträgt € 1 pro Aktie, der höchste beim Rückwerb zu leistende Gegenwert darf nicht mehr als 10 Prozent über dem durchschnittlichen, ungewichteten Börseschlusskurs der der Ausübung dieser Ermächtigung vorangegangenen 10 Handelstage liegen. Der Vorstand wurde weiters gemäß § 65 (1b) AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Veräußerung der eigenen Aktien eine andere Art als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot unter teilweise oder ganzlichem Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu beschließen. Diese Ermächtigung gilt für die Dauer von 5 Jahren ab dem Datum dieser Beschlussfassung, sohin bis zum 3. Juni 2019. Das Bezugsrecht der Aktionäre darf nur dann ausgeschlossen werden, wenn die Verwendung der eigenen Aktien als Gegenleistung für eine Sacheinlage, beim Erwerb von Unternehmen, Betrieben, Teilbetrieben oder Anteilen an einer oder mehreren Gesellschaften im In- oder Ausland oder zum Zweck der Durchführung des Share Incentive Program (SIP) der Gesellschaft für leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen erfolgt. Weiters kann für den Fall, dass Wandelschuldverschreibungen auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, das Bezugsrecht der Aktionäre auch ausgeschlossen werden, um (eigene) Aktien an solche Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen auszugeben, die von dem ihnen gemäß den Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen gewährten Umtausch- oder Bezugsrecht auf Aktien der Gesellschaft Gebrauch gemacht haben. Diese Ermächtigung ersetzt die in der Hauptversammlung vom 20. Juni 2012 beschlossene Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien. Seit der Ermächtigung im Juni 2014 wurden keine eigenen Aktien erworben.

Die Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 ermächtigte den Vorstand ferner nach den Bestimmungen des § 65 (1) Z 7 AktG, zum Zweck des Wertpapierhandels, der auch außerbörslich durchgeführt werden darf, für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 3. Dezember 2016, eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 5 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben. Der Gegenwert der zu erwerbenden Aktien darf die Hälfte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht unterschreiten und das Doppelte dieses Schlusskurses nicht überschreiten. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen durch die Gesellschaft, mit ihr verbundene Unternehmen oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden.

(8) Es bestehen folgende bedeutende Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist und die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich ändern oder enden:

- Die RBI AG ist als Tochterunternehmen der RZB im Rahmen der gruppenweiten D&O-Versicherung der RZB mitversichert. Der Versicherungsschutz besteht bei einer Verschmelzung mit einem anderen Rechtsträger der RZB-Gruppe weiterhin. Im Fall einer Verschmelzung mit einem Rechtsträger außerhalb der RZB-Gruppe scheidet die RBI AG zum Zeitpunkt der Verschmelzung aus dem gruppenweiten Versicherungsschutz aus. In diesem Fall besteht Versicherungsschutz nur für Schadenersatzansprüche aus vor der Verschmelzung begangenen Pflichtverletzungen, die dem Versicherer vor einer etwaigen Beendigung der gruppenweiten D&O-Versicherung der RZB und danach innerhalb der vereinbarten Nachmeldefrist von fünf Jahren gemeldet werden.
- Das SIP der Gesellschaft sieht bei einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle Folgendes vor: „Kommt es während der Wartezeit (Vesting Period) zu einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle oder zu einer Fusion, ohne dass der Zusammenschluss ausschließlich Tochtergesellschaften betrifft, so verfallen alle bedingten Aktien zum Zeitpunkt des Erwerbs der Aktien der RBI AG und der tatsächlichen Verfügungsmöglichkeit des Investors über die Anteile bzw. zum Zeitpunkt der Fusion ersatzlos. Für die verfallenen bedingten Aktien wird eine Entschädigungszahlung vorgenommen. Der ermittelte Entschädigungsbetrag wird mit der nächstmöglichen Gehaltsabrechnung ausbezahlt.“
- Ferner sieht ein von der RBI AG bezüglich einer Tochterbank mit einem Mitaktionär abgeschlossener Syndikatsvertrag vor, dass dieser bei einem Kontrollwechsel automatisch endet.
- Die mit der RZB AG abgeschlossene Markenvereinbarung zur uneingeschränkten Verwendung des Namens und des Logos „Raiffeisen Bank International“ für unbestimmte Zeit in allen Jurisdiktionen, in denen die Marke jetzt oder zukünftig registriert ist, sieht ein Kündigungsrecht bei einem Kontrollwechsel vor.
- Die RBI AG ist Mitglied des Fachverbands der Raiffeisenbanken. Bei einem Kontrollwechsel in der RBI AG, die zu einer Kontrollerrlangung durch Gesellschafter außerhalb der Raiffeisen Bankengruppe Österreich führt, kann die Mitgliedschaft im Fachverband der Raiffeisenbanken und die Mitgliedschaft in der Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich enden.
- Refinanzierungsverträge der Gesellschaft und Verträge über Finanzierungen Dritter an Tochtergesellschaften, die von der Gesellschaft garantiert werden, sehen im Fall eines Kontrollwechsels vor, dass die Kreditgeber eine vorzeitige Rückzahlung der Finanzierungen verlangen können.

(9) Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

Risikomanagement

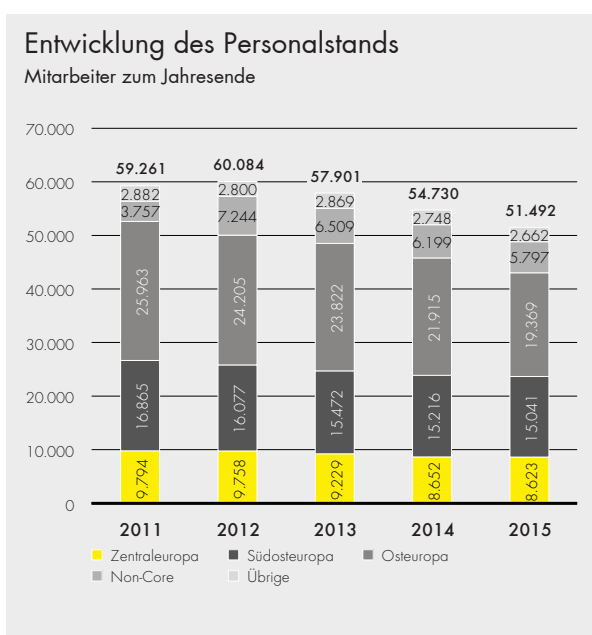
Für Informationen zum Risikomanagement wird auf Punkt (42) Risiken von Finanzinstrumenten im Risikobericht des Konzernabschlusses verwiesen.

Corporate Governance

Informationen dazu finden Sie auf der Website der RBI (www.rbinational.com → Investor Relations → Corporate Governance) sowie im Geschäftsbericht im Kapitel Corporate-Governance-Bericht.

Human Resources

Der Bereich Human Resources befasst sich mit den wesentlichen Unternehmensprozessen zur Steuerung der personellen Ressourcen im Konzern unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Mitarbeiter sowie der Unternehmensinteressen. Zum 31. Dezember 2015 beschäftigte die RBI mit 51.492 Mitarbeitern (Vollzeitäquivalente) um 3.238 Personen bzw. 6 Prozent weniger als Ende 2014. Der Großteil dieses Rückgangs ist auf die Entwicklungen in der Ukraine, Russland und Polen zurückzuführen. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter war mit 36 Jahren weiterhin relativ niedrig, der Frauenanteil lag bei 67 Prozent. Mit einer Akademiquote von 73 Prozent wiesen die Mitarbeiter ein sehr hohes Qualifikationsniveau auf.



Neue Vergütungsstruktur

Im Einklang mit der strategischen Neuausrichtung initiierte der Vorstand 2015 die Einführung einer neuen Vergütungsstruktur. Wichtig dabei war, die gute Position der RBI als attraktiver Arbeitgeber im Markt unverändert beizubehalten.

Dem deutlichen Trend in der europäischen Bankenbranche folgend, wurde die Gewichtung der variablen Entlohnungskomponenten reduziert. Bei Funktionen mit sehr geringem oder nur indirektem Einfluss auf das Geschäftsergebnis kann die variable Komponente auch ganz entfallen. Je nach lokalen Gegebenheiten wurden in unterschiedlicher Form positionsbezogene fixe Zulagen eingeführt. Für bestimmte Business- und Managementfunktionen wird, um Teamarbeit zu fördern, bei der Bonusfestlegung mehr Gewicht auf das Ergebnis der RBI und der jeweiligen Organisationseinheit gelegt, und weniger auf funktionale Bereiche.

Insgesamt bedeuten die Änderungen für die Mitarbeiter eine bessere Einschätzbarkeit und größere Sicherheit ihrer Einkünfte. Für das Unternehmen resultiert daraus eine höhere Transparenz und Planbarkeit der Entlohnung.

Fachausbildung und Führungskräfteentwicklung

Trotz des erhöhten Kostendrucks legte die RBI auch im Berichtszeitraum Wert darauf, die fachliche Qualifikation ihrer Mitarbeiter sicherzustellen und laufend auszubauen. Schwerpunkte lagen hier beispielsweise in den Themenfeldern Risikomanagement, Vertrieb, gehobenes Privatkundengeschäft und IT. Auch die Weiterentwicklung der Führungskräfte war weiterhin ein zentrales Anliegen: Unter dem Titel „Branch Management Academy“ wurde die konzernweit bisher größte Ausbildungsinitiative für Führungskräfte im Vertrieb weitergeführt. Sie wurde bis Ende 2015 bereits von 22 Prozent aller Filialleiter im Netzwerk durchlaufen. Auch das konzernweite Programm „GoIT“ für Top-Führungskräfte im IT-Bereich wurde zum dritten Mal erfolgreich durchgeführt. In einigen Bereichen, etwa im Firmen- und Privatkundengeschäft sowie im Risikomanagement, bestehen zudem sehr erfolgreiche Rotationsprogramme zum Wissensaustausch auf Expertenebene. Darüber hinaus wurden Weiterbildungsmaßnahmen forciert, um regulatorische und Compliance-Anforderungen zu erfüllen sowie die Qualifikation der Schlüsselkräfte zu sichern.

Performance und Talent Management

Die jährlichen Standardprozesse zur Identifikation und Weiterentwicklung von Talenten wurden auch 2015 – mit an die Bedürfnisse der jeweiligen Konzerneinheiten angepassten Schwerpunkten – durchgeführt. So ist es auch im Berichtszeitraum wieder gelungen, 100 Prozent der vakanten Vorstandspositionen in den Netzwerkbanken mit internen Kandidaten zu besetzen.

Wie viele internationale Unternehmen arbeitet auch die RBI an der Weiterentwicklung ihrer Performance-Management-Systeme. 2015 wurde ein neues Modell für Group Executives (Top-Führungskräfte) entwickelt, das ab 2016 implementiert und als Basis für Anpassungen bei allen anderen Mitarbeitergruppen dienen wird.

Gründung eines Europäischen Betriebsrats

Im Juli 2015 wurde die Vereinbarung über die Gründung eines Europäischen Betriebsrats (EBR) bei der RBI unterzeichnet. Damit wurde eine Informations- und Konsultationsplattform geschaffen, auf der sich Arbeitnehmervertreter und zentrales Management zu transnationalen Themen austauschen. Nach dem formellen Wahlprozess der Mitglieder des EBR trafen sich diese Anfang November 2015 in Wien zu ihrer konstituierenden Sitzung und zum ersten Informationsaustausch mit dem zentralen Management.

Lokale Initiativen in den Netzwerkbanken

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden erneut zahlreiche lokale Human-Resources-Initiativen in den Netzwerkbanken initiiert und durchgeführt. Der Schwerpunkt zahlreicher Netzwerkbanken lag dieses Mal auf der Verbesserung der internen und externen Kundenzufriedenheit. Die Maßnahmen umfassten themenbezogene Workshops, Führungskräfteveranstaltungen, Trainings und Umfragen.

In Russland wurde als eines der Jahresziele die Verbesserung der Kundenzufriedenheit definiert. Ebenso wurde in Kroatien ein Projekt zum Thema Kundenorientierung ins Leben gerufen, in dessen Rahmen alle Führungskräfte der Bank befragt wurden. Diese Interviews wurden von Mitarbeitern eines internen Talente-Pools mit 400 Angestellten der lokalen Netzwerkbank geführt, um die Stärken und besten Umsetzungsbeispiele in der Bank zu identifizieren. Inzwischen hat das Projekt bereits wesentliche Veränderungen ausgelöst. In Bosnien und Herzegowina ist die laufende Initiative zur Verbesserung der Kundenbeziehungen bereits zu einem internen Markenzeichen geworden. Hier hatten die Führungskräfte 2015 mehrmals Gelegenheit, ihre Einheiten samt den maßgeblichen Verantwortungs- und Kompetenzbereichen sowie Hauptaufgaben vorzustellen. In diesem Zusammenhang konnten auch Schnittstellen mit anderen Einheiten thematisiert und Lösungen für gegenseitige Unterstützung und Kooperation erarbeitet werden. In Bulgarien wurde 2015 bereits zum zweiten Mal eine Kundenbefragung durchgeführt. Das spürbar verbesserte Ergebnis zeigte, dass die aus der ersten Umfrage abgeleiteten Maßnahmen im Hinblick auf eine bessere interne Kommunikation und Kooperation erste Erfolge nach sich ziehen.

Ausblick

Konjunkturaussichten

Zentraleuropa

In der CE-Region ist 2016 in der Tschechischen Republik und Ungarn mit einer moderaten Abschwächung des BIP-Wachstums zu rechnen. In der Slowakei dagegen könnte das Wachstum 2016 auf den hohen Niveaus von 2015 verharren. Im Zusammenwirken mit der fiskalischen Lockerung in Polen (mit positiven kurzfristigen Wachstumsimpulsen) sollte das Wirtschaftswachstum für die Gesamtregion damit 2016 über der Marke von 3 Prozent bleiben.

Südosteuropa

Die SEE-Region dürfte sich langsam wieder auf einen soliden Wachstumspfad zurückbewegen. Nach einem BIP-Wachstum von 2,8 Prozent im Jahr 2015 sollte die Region 2016 wieder einen Anstieg der Wirtschaftsleistung von mehr als 3 Prozent – und damit ihr derzeitiges Potenzialwachstum – erreichen können. Vor allem Rumänien könnte seinen soliden Wachstumskurs mit einem BIP-Wachstum von 4 Prozent fortsetzen. Jedoch bergen die fiskalischen Maßnahmen nicht nur das Risiko einer übermäßigen Ausweitung des Budgetdefizits, sondern auch der zunehmenden Überhitzung der Gesamtwirtschaft. Serbien sollte nach einer schwachen Entwicklung in den letzten Jahren 2016 langsam zur positiven Entwicklung Rumäniens aufschließen können. Kroatien sollte zwar nicht mehr in eine Rezessionsphase fallen, aber es wird noch dauern, bis das Wachstum Nachhaltigkeit erlangt.

Osteuropa

In Russland ist 2016 mit einem erneuten Rezessionsjahr zu rechnen. Die sich bereits 2015 abzeichnende Bodenbildung in der Ukraine sollte 2016 in einer endgültigen Überwindung der Rezession münden. Belarus dürfte durch seine enge Verflechtung mit der russischen Wirtschaft 2016 einen weiteren BIP-Rückgang verzeichnen. Generell ist 2016 in Russland, der Ukraine und Belarus noch kein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung erkennbar, und es verbleiben erhebliche Ereignisrisiken.

Österreich

In Österreich dürfte die seit 2015 spürbare moderate Konjunkturbelebung im laufenden Jahr 2016 etwas an Dynamik gewinnen, in Summe allerdings schwächer ausfallen als in früheren Aufschwungphasen. Es ist davon auszugehen, dass die im Jänner 2016 in Kraft getretene Einkommensteuerentlastung den privaten Konsum aus seiner langen Stagnationsphase befreien wird. Ebenso sollte die fortgesetzte Belebung der Investitionen zur Konjunkturaufhellung beitragen.

CEE-Bankensektor

Die solide Wirtschaftsentwicklung in CE bzw. SEE und die Bodenbildung in Osteuropa sollten sich 2016 positiv auf den CEE-Bankensektor auswirken. Günstige Entwicklungen im operativen (Neu-)Geschäft könnten 2016 aber noch durch negative Folgewirkungen der früheren Expansion bei den Fremdwährungskrediten in CE und SEE sowie durch die Auflösung von NPL-Portfolios in CEE (v. a. in SEE, Russland und der Ukraine) überlagert werden. Insofern dürfte die Erholung der Profitabilität im CEE-Bankensektor nicht ganz mit dem wieder anziehenden Kredit- und Aktivawachstum in der Region Schritt halten können.

Ausblick der RBI

Bis Ende 2017 streben wir eine CET1 Ratio (fully loaded) von mindestens 12 Prozent und eine Eigenmittelquote (fully loaded) von mindestens 16 Prozent an.

Nach Umsetzung der Anfang 2015 festgelegten strategischen Maßnahmen soll die Kostenbasis rund 20 Prozent unter dem Niveau von 2014 liegen (Verwaltungsaufwendungen 2014: € 3.024 Millionen).

Wir peilen mittelfristig einen Return on Equity vor Steuern von rund 14 Prozent und einen Konzern-Return-on-Equity von rund 11 Prozent an.

Mittelfristig streben wir eine Cost/Income Ratio von 50 bis 55 Prozent an.

Wir erwarten, dass die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen 2016 unter dem Niveau von 2015 (€ 1.264 Millionen) bleiben.

Die Verwaltungsaufwendungen sollen 2016 leicht unter Vorjahresniveau (2015: € 2.914 Millionen) liegen.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Verkauf der Zuno an die Alfa-Bankengruppe kommt nicht zustande

Die RBI gab am 1. März 2016 bekannt, dass der im September 2015 angekündigte Verkauf ihrer Direktbank ZUNO BANK AG an die Alfa-Bankengruppe nicht zum Abschluss gebracht werden wird. Die ABH Holdings S.A., die Konzernmutter der Alfa-Bankengruppe mit Sitz in Luxemburg, mit der die RBI im Vorjahr eine Einigung erzielt hatte, ist vom Kaufvertrag zurückgetreten.

Die Auswirkung der Transaktion auf die regulatorischen Kapitalquoten der RBI wäre vernachlässigbar gewesen. Der Verkauf der Zuno zielte darauf ab, Komplexität und Überschneidungen innerhalb der Gruppe zu reduzieren. Die RBI prüft weitere interne und externe Schritte, primär den Gesamtverkauf der Zuno, aber auch die vollständige Integration in andere RBI-Konzerneinheiten oder einen Teilverkauf.

Neue Bankenabgabe belastet Ertragsituation in Polen

Am 15. Jänner 2016 unterschrieb der polnische Präsident das zuvor vom Parlament verabschiedete Gesetz über eine Bankenabgabe für polnische Banken. Die Bankenabgabe wird jährlich 0,44 Prozent der Bilanzsumme betragen. Sie wird ab Februar 2016 in Monatsraten eingehoben. Ausgenommen von der Belastung werden ein Basisbetrag von PLN 4 Milliarden (entspricht rund € 1 Milliarde), die Veranlagungen in polnische Staatsanleihen und die Eigenmittel.